

Stenographisches Protokoll

49. Sitzung des Kärntner Landtages - 27. Gesetzgebungsperiode
Dienstag, 17. Juni 1997

Inhalt

Erweiterung der Tagesordnung (S. 4454)

Fragestunde (S. 4440)

Tagesordnung

1. Ldtgs.Zl. 330-1/27:

Wahl eines Mitgliedes eines Ausschusses gemäß Art. 17 Abs. 3 K-LVG in Verbindung mit § 32 Abs. 2 K-LTGO (Untersuchungsausschuß betreffend die Karawankenautobahn; Vorschlag ÖVP) (S. 4454)

2. Ldtgs.Zl. 177-71/27:

Bericht und Antrag der Landesregierung zum Entwurf eines Beschlusses über den Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben des Landes Kärnten sowie die Stellenpläne des Landes Kärnten für das Jahr 1998 mit

einem Budgetprogramm im Sinne des Art. 61 Abs. 1 in Verbindung mit Art. 73 Abs. 7 K-LVG für das noch in die laufende Gesetzgebungsperiode fallende Finanzjahr 1999 und einer mittelfristigen Vorschau betreffend die voraussichtliche finanzielle Entwicklung 1999 bis 2001 sowie zum Entwurf eines Beschlusses, mit dem der Landesregierung Vollmachten und Zustimmungen zum Landesvoranschlag 1998 erteilt werden

Einbegleitung durch den Landesfinanzreferenten Landeshauptmann Dr. Christof Zernatto S. 4455)

Mitteilung des Einlaufes

Anträge von Abgeordneten (S. 4472)

Beginn: Dienstag, 17.6.1997, 09.03 Uhr

Ende: Dienstag, 17.6.1997, 11,51 Uhr

Beginn der Sitzung: 9.03 Uhr

Vorsitz: Erster Präsident **Unterrieder**,
Zweiter Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag**

Anwesend: 34 Abgeordnete

Entschuldigt: Abgeordneter **Dr. Großmann**, Abgeordneter **Dipl.-Ing. Dr. Traußnig**

Mitglieder des Bundesrates:
Pfeifer, Mag. Repar, Dr. Haring, Ramsbacher

Am Regierungstisch: Landeshauptmann **Dr. Zernatto**, Landeshauptmann-Stellvertreter **Dr. Ausserwinkler**, Landeshauptmann-Stellvertreter **Mag. Grasser**, Landesrat **Dr. Haller**, Landesrätin **Achatz**, Landesrat **Lutschounig**

Landesamtsdirektor **Dr. Sladko**, Landesamtsdirektor-Stellvertreter **DDr. Anderwald**

Schriftführer: Direktor **Dr. Putz**

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Geschätzte Damen und Herren! Hohes Haus! Ich eröffne die 49. Sitzung des Kärntner Landtages. Ich darf Sie alle recht herzlich begrüßen, die Damen und Herren Abgeordneten, die Regierungsmitglieder, die Beamtenschaft und die Damen und Herren auf der Pressetribüne und auf der Zuschauertribüne.

Unterrieder

Fragestunde

Wir kommen zur Anfrage 1:

**1. Ldtgs.Zl. 473/M/27:
Anfrage der Abgeordneten Mag. Herbrich an Landesrätin Achatz**

Ich bitte um etwas Ruhe. Bitte, Frau Abgeordnete.

Abgeordnete **Mag. Herbrich** (ÖVP):

Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Werte Kolleginnen und Kollegen des Landtages! Meine Damen und Herren auf der Tribüne! Im Zuge der letztwöchentlichen Berichterstattungen über das Problem AWOL ist die heutige Anfrage sehr aktuell. Frau Landesrätin, wie viele Vereine gibt es in Kärnten, die Krisenintervention für Kinder, Jugendliche, erwachsene Männer und erwachsene Frauen betreiben?

Landesrätin **Achatz** (SPÖ):

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Ich darf etwas weiter ausholen, weil Hilfestellungen für Jugendliche und auch für Erwachsene, die sich in schwierigen Situationen befinden, gibt es viele.

Für stationäre Krisenintervention gibt es für Kinder und Jugendliche die Möglichkeit, die aufgrund von Gewalterfahrungen, sexuellem Mißbrauch und psychischen Erregungszuständen stationär im Landeskrankenhaus Klagenfurt, Abteilung der Neuropsychiatrie des Kindes- und Jugendalters und Heilpädagogik Aufnahme finden. Ebenso können solche Personen im Landeskrankenhaus Villach in der Kinderabteilung und in der psychosomatischen Station aufgenommen und betreut werden. Für ältere Jugendliche und erwachsene Männer und Frauen gibt es für Krisensituationen im Landeskrankenhaus Klagenfurt im Zentrum für seelische Gesundheit Hilfestellung und eine stationäre Betreuung.

Erwachsene mit Suchtproblemen können sich an das Sonderkrankenhaus der evangelischen Stiftung de la Tour in Treffen wenden. Erwachsene Frauen in Not- und Krisensituationen, z. B. aufgrund von Gewalterfahrungen, können sich an die beiden Kärntner Frauenhäuser in Klagenfurt und jetzt auch in Villach wenden und finden dort Aufnahme.

Ambulante Krisenintervention für Kinder und Jugendliche gibt es in folgenden Beratungsstellen: In den Referaten für Jugend und Familie bzw. in den Jugendämtern der Bezirkshauptmannschaften und Magistrate, dort sind Diplomsozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter als Ansprechpartner und -partnerinnen, in der Ambulanz des LKH Klagenfurt, Neuropsychiatrie des Kindes, bei der Kinder- und Jugendanwaltschaft des Landes Kärnten mit Frau Mag. Astrid Liebhauser, im Kinderschutzzentrum, Verein Kinderschutzzentrum Kärnten in der Kumpfgasse, pädagogisch-psychologischer Dienst der Arbeitsvereinigung der Sozialhilfe Kärntens, fachlicher Leiter Dr. Kurnig, in der Fromillerstraße, und in den Beratungsstellen in allen Bezirksstädten mit Ausnahme von Hermagor, wo diese Regelung aber auch in Zukunft getroffen wird und ebenfalls in den schulpsychologischen Beratungsstellen des Landesschulrates für Kärnten in allen Bezirksstädten.

Erwachsene Männer und Frauen können sich an folgende Einrichtungen wenden: Psychiatrischer Not- und Krisendienst. Diesen haben wir vor vier Jahren eingerichtet und das ist eine ganz wichtige Einrichtung, weil dieser Not- und Krisendienst zu Hause vor Ort jene betreut, ob das Jugendliche oder Erwachsene sind, die in einer Notsituation sind und die dringend Hilfe benötigen. Dann die Ambulanzen des Landeskrankenhauses, das habe ich bereits gesagt, Familienberatungsstelle Viva, Lidmanskysgasse, Familien-, Partner- und Jugendberatungsstellen des Landes in allen Bezirksstädten, Lebens- und Sozialberatungsstellen des Caritasverbandes in Villach, Wolfsberg, Spittal an der Drau und auch in Obervellach, psychosozialer Dienst der Arbeitsvereinigung der Sozialhilfe Kärntens, Frau Dr.

Achatz

Gabriele Allmayer-Radich in der Fromillerstraße und Telefonseelsorge-Notrufdienst der Caritas.

Für Frauen besteht die Möglichkeit, in Situationen, in denen sie Hilfe benötigen, sich an folgende Stellen zu wenden: Belladonna Frauenkommunikationszentrum in Klagenfurt und "Frauen helfen Frauen" am Alten Platz in Klagenfurt, Frauenberatungsstelle "WIFF" in Völkermarkt, Frauenberatungsstelle Villach am Freihausplatz und die Lavanttaler Frauenberatung, Ernst Swatek-Straße in Wolfsberg. Ebenso gibt es ein Mädchenzentrum in Klagenfurt, in dem Hilfestellung gegeben werden kann.

(Vors.: Gibt es eine Zusatzfrage seitens der SPÖ? - Das ist nicht der Fall. Gibt es eine Zusatzfrage seitens der FPÖ? - Bitte, Herr Abgeordneter Gallo.)

Abgeordneter **Dipl.-Ing. Gallo** (FPÖ):

Frau Landesrätin! Wie viele Kriseninterventionsfälle pro Jahr in etwa gibt es in den einzelnen Bereichen Kinder, Jugendliche und Erwachsene?

Landesrätin **Achatz** (SPÖ):

Herr Abgeordneter, das ist sehr schwierig zu beantworten. Es gibt viele Stellen, wo die Kinder und Jugendlichen erfaßt werden, aber ich kann jetzt statistisch nicht sagen, wie viele Kinder und Jugendliche es sind. Es gibt vorübergehende Krisensituationen, in denen man momentan Hilfe benötigt und die eigentlich auch anonym behandelt werden sollen.

Wie Sie wissen, haben wir für Kärnten jetzt ein Kriseninterventionszentrum geplant. Ich bin jetzt dabei, einen Träger zu finden, der diesem Zentrum vorsteht. Es gibt einen interdisziplinären Arbeitskreis und es gibt auch den Jugendwohlfahrtsbeirat, mit dem wir das Modell dieses Kriseninterventionszentrums ausgearbeitet haben. Wir haben mit einer Delegation Österreich bereist und uns andere Einrichtungen angesehen. Jetzt gilt es, bei uns in Kärnten eine Einrichtung zu finden. Dabei sind wir jetzt. Dann werden wir hier für Jugendliche etwas unternehmen, die nicht im Krankenhaus

aufgenommen werden sollen, sondern die in einer momentanen Situation sind, in der sie rasch eine Aufnahme und Abklärung der Situation benötigen, in der man prüft, wie die Situation ist, ob man die Familie mit einbeziehen kann, wie es weitergehen kann, wo der Jugendliche dann eine Unterbringung erfahren kann und wie die Zukunft für den Jugendlichen aussieht. All das wird in diesem Kriseninterventionszentrum sowohl in sozialpädagogischer als auch in medizinischer Hinsicht auch mit anderen Betreuerinnen und Betreuern abgeklärt, um dann eventuell einen Aufenthalt bei Pflegeeltern oder in einem Jugendheim vorzusehen oder zu prüfen, ob die Betreuung in der Familie im Vordergrund steht, ob der Jugendliche in die Familie zurück kann oder das erst zu einem späteren Zeitpunkt möglich ist. All das ist dringend notwendig, um Vorsorge zu treffen, um im späteren Leben einiges zu verhindern und diesen Jugendlichen ein selbständiges Leben zu ermöglichen.

(Vors.: Frau Abgeordnete Herbrich, haben Sie eine Zusatzfrage?)

Abgeordnete **Mag. Herbrich** (ÖVP):

Frau Landesrat, nachdem die ÖVP heute einen Antrag auf Überprüfung des Vereines AWOL betreffend die öffentlichen Mittel des Landes, die seit dem Jahre 1994 dorthin vergeben wurden, einbringen wird, frage ich Sie: Wie weit werden diese Vereine, die Sie jetzt aufgezählt haben, von der öffentlichen Hand überhaupt kontrolliert?

(Vors.: Frau Landesrätin Achatz.)

Landesrätin **Achatz** (SPÖ):

Herr Präsident! Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Wir haben in Kärnten sehr gut funktionierende und sehr gut arbeitende Vereine. Ich möchte hier laut und deutlich sagen, daß der Verein AWOL in den letzten Jahren hervorragende Arbeit für jene Menschen geleistet hat, die sich in Notsituationen befunden haben und befinden. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)* Daß es jetzt zu einer Situation des Aufklärens gekommen ist, ist notwendig. Wir haben vorderhand einmal die Mittel eingestellt, denn es hat innerbetriebliche Probleme

Achatz

me gegeben. Für mich ist es notwendig, daß jetzt die Aufklärung erfolgt. Es sind jetzt die Vorerhebungen durch die Staatsanwaltschaft im Laufen. Ich überlege auch, ob man in Form eines Kurators oder auf einem anderen Wege ermöglichen könnte, daß der Verein seine Arbeit trotzdem weiterhin aufrecht erhalten kann, denn wenn Sie bedenken, um wie viele Wohnungen von Betreuten es geht, um wie viele Menschen, die dort vorübergehend Arbeit finden, um dann wieder in das Arbeitsleben einsteigen zu können, dann werden Sie verstehen, daß man das nicht von heute auf morgen abdrehen kann. Es muß nun Ordnung geschaffen werden, es müssen die Erhebungen stattfinden und gleichzeitig muß Sorge getragen werden, daß man diese Menschen nicht vor die Tür setzt, die dort gute Arbeit leisten. Im Vorstand muß vor allem eine Regelung getroffen werden. Wir sind nun dabei, das abzuklären. Ich bin davon überzeugt, wenn die Vorerhebungen abgelaufen sind, daß man, wenn es notwendig ist, mit einem anderen Vorstand in Zukunft die gute Arbeit, die für die Betroffenen geleistet wurde und geleistet wird, weiter fortsetzen kann. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

(Vors.: Wir kommen nun zur zweiten Anfrage.)

2. Ldtgs.Zl. 474/M/27:**Anfrage des Abgeordneten Mag. Dr. Kaiser an Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Grasser**

Abgeordneter **Dr. Kaiser** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Meine Damen und Herren des Hohen Hauses! Die verbilligte Abgabe antialkoholischer Getränke war seit geraumer Zeit ein Anliegen insbesondere der SPÖ-Jugendorganisationen, der SPÖ-Frauen als auch verschiedener Abgeordneter unserer Fraktion des Hohen Hauses. Resultat dessen war, daß vor geraumer Zeit in der letzten Legislaturperiode auch ein entsprechender Antrag hier im Hohen Haus eingebracht wurde. Ziel war, die verbilligte Abgabe antialkoholischer Getränke mit besonderer Stoßrichtung auf die Jugend zu gewährleisten.

Seit 1. Jänner 1989 sind Gewerbebetriebe gesetzlich nach dem § 196 der Gewerbeordnung dazu verpflichtet, in ihren Betrieben mindestens zwei Sorten kalter nichtalkoholischer Getränke anzubieten. Dies zu einem Preis, der nicht höher ist als das am billigsten angebotene kalte alkoholische Getränk. Damit sollen vor allem junge Leute, aber nicht nur diese, die im allgemeinen nicht sehr viel Geld zur Verfügung haben, dazu animiert werden, verstärkt vom Alkoholkonsum Abstand zu nehmen. Besondere Stoßrichtung waren dabei Diskotheken und Gasthäuser. *(Vors.: Bitte die Frage stellen!)*

Zu Beginn der 90er Jahre kam es zu einer Erhebung, *(Vors.: Bitte die Frage!)* bei der festgestellt wurde - sofort, Herr Präsident! -, daß sich die meisten Gastgewerbeinhaber nicht daran gehalten haben.

Daher stelle ich jetzt die Frage, an Sie, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter:

Wieviele Überprüfungen von Gastgewerbebetrieben hinsichtlich der Einhaltung der verbilligten Abgabe von zwei antialkoholischen Getränken hat es seit Einführung der entsprechenden Bestimmung gegeben?

Landeshauptmann-Stellvertreter **Mag. Grasser** (FPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Damen und Herren Abgeordnete! Ich möchte zunächst einmal darauf hinweisen, daß diese Bestimmung und die Einhaltung dieser Bestimmung und damit Jugendschutzargumente sicherlich nicht nur ein Anliegen der SPÖ und Ihrer Fraktion sind, sondern daß ich davon ausgehe, daß alle Fraktionen hier im Haus Signale an die Jugend setzen wollen und daß es daher ein gemeinsames Anliegen sein sollte, auch Sorge dafür zu tragen, daß nicht alkoholische Getränke den Vorzug in den verschiedenen gastronomischen Bereichen Kärntens und darüber hinaus erhalten sollen.

Ihre Anfrage und Ihre Ausführungen zur Verpflichtung der Abgabe von mindestens zwei Sorten kalter nichtalkoholischer Getränke zu einem nicht höheren Preis als das am billigsten angebotene alkoholische Getränk ist nicht ganz so geregelt, wie Sie es gesagt haben, sondern zuletzt in der Gewerberechtsnovelle 1992 einge-

Mag. Grasser

führt worden. Die Verpflichtung, Preisauszeichnungskontrollen durchzuführen, ergibt sich aus § 150 Gewerbeordnung aus 1994. Wir haben in den letzten Jahren sehr massiv versucht, auf die Einhaltung dieser Bestimmung zu kontrollieren.

Ich darf Ihnen die Jahre 1994, 1995 und 1996 und die Kontrollergebnisse zur Kenntnis bringen. Es wurden in diesem Zeitraum 3.368 Gastgewerbebetriebe überprüft, wobei der Bericht der Bezirksverwaltungsbehörden folgende Verstöße angibt: Wir haben 1994 1.691 Betriebe überprüft. Es hat bei diesen 1.691 Betrieben 112 Belehrungen gegeben; es hat 67 Abmahnungen gegeben, und es hat 17 Organstrafmandate gegeben. Das Jahr 1995 zeigt folgendes Verhältnis: 771 überprüfte Betriebe; 27 Belehrungen, 6 Abmahnungen, keine Organstrafmandate. 1996: 906 überprüfte Betriebe; 12 Belehrungen, 25 Abmahnungen, 1 Organstrafmandat. Das heißt in Summe bei 3.368 überprüften Betrieben in diesen drei Jahren: 151 Belehrungen, 98 Abmahnungen und 18 Organstrafmandate.

Es ist aus meiner Sicht durchaus erkennbar, daß auch die Gastronomie offensichtlich das Interesse hat, den Jugendschutz entsprechend zu berücksichtigen und die Priorität einzuräumen, weil das doch eine verhältnismäßig gute Relation ist und unsere Tourismusbetriebe, das Tourismusgewerbe, die Gastronomie, hier offensichtlich auch großes Interesse daran hat, ihre Fürsorge und ihr Interesse an antialkoholischen Getränken und am Konsum gegenüber den Jugendlichen zum Ausdruck zu bringen.

Was das Jahr 1993 betrifft, hat es bereits eine Anfrage im Kärntner Landtag gegeben. Die Anfragebeantwortung liegt dem Hohen Haus schriftlich vor, so daß alles, was vor 1994 der Fall war, hier bereits erhältlich ist.

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Gibt es seitens der FPÖ dazu eine Zusatzfrage? - Das ist nicht der Fall! - Seitens der ÖVP? - Das ist auch nicht der Fall! - Hat der Fragesteller eine Zusatzfrage? - Das ist auch nicht der Fall; somit ist die Anfrage erledigt.

Wir kommen zur Anfrage 3:

3. Ldtgs.Zl. 475/M/27:**Anfrage der Abgeordneten Kreutzer an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Ausserwinkler**

Abgeordnete **Kreutzer** (FPÖ):

Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Aufgrund meiner Informationen erfolgte am 20. 9. 1995 die ordnungsgemäße Anbotseröffnung der Ausschreibung eines Netzwerkes für die Berufsschule 1 in Klagenfurt, mit Servern, Software, Verkabelung, neuen Worktelvisions. Den Zuschlag bekam die Firma Happysoft in Klagenfurt, mit einem Wert von zirka 400.000 Schilling. Soweit so gut!

In der Folge erhielt die gleiche Firma Happysoft zitterweise bis zum Sommer 1996 zum gleichen Netzwerk Aufträge im Werte von zirka 500.000 Schilling. Und dies in einer Branche, in der ein jährlicher Preisverfall von 20 % und mehr eigentlich jedem bekannt ist. - Daß alles zusammen bis zum Sommer 1996 noch nicht funktioniert hat, ist eine andere Sache.

Ich frage Sie daher: Wurde die in den letzten Jahren an der Berufsschule 1 angeschaffte EDV-Anlage in ihrer Gesamtheit ausgeschrieben?

Landeshauptmann-Stellvertreter **Dr. Ausserwinkler** (SPÖ):

Die Ausschreibung erfolgte gemäß den Vergaberichtlinien des Landes und auch entsprechend der ÖNORM 2050.

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Gibt es seitens der SPÖ eine Zusatzfrage? - Das ist nicht der Fall! - Gibt es seitens der ÖVP eine Zusatzfrage? - Das ist auch nicht der Fall! - Die Fragestellerin, Frau Abgeordnete Kreutzer, kann eine Zusatzfrage stellen.

Abgeordnete **Kreutzer** (FPÖ):

Ja, bitte, ich habe eine Zusatzfrage! - Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, warum wurden diese zizzerlweisen Aufträge von 500.000 Schilling, die ja mehr ausmachen als der Hauptauftrag, ohne Ausschreibung vergeben, sondern sofort an die Firma Happysoft vergeben?

Landeshauptmann-Stellvertreter **Dr. Ausserwinkler** (SPÖ):

Aus den mir vorliegenden Unterlagen geht hervor, daß auch dieses Projekt begleitet wurde durch einen gerichtlichen Sachverständigen für EDV, Hard- und Software, nämlich Dipl.-Ing. Hermann Eder, der die Prüfung vorgenommen und zusätzlich zur Tatsache, daß diese Firma Billigstbieter war auch festgestellt hat, aufgrund des gesamten Angebotes, daß diese Firma Bestbieter ist. (*Abg. Kreutzer: Ohne Ausschreibung!*)

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Damit ist diese Anfrage erledigt. - Wir kommen zur Anfrage 4:

4. Ldtgs.Zl. 476/M/27:

Anfrage des Abgeordneten Mitterer an Landeshauptmann Dr. Zernatto

Bitte, Herr Abgeordneter!

Abgeordneter **Mitterer** (FPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Hoher Landtag! Uns allen ist die Problematik in der Beschäftigung in Kärnten bewußt. Es gibt einige Initiativen, die vor allem auch entgegenwirken sollten, damit es mehr Arbeitsplätze und Lehrplätze für die Jugend gibt.

Aus Erfahrung mit einem Mitgliedsbetrieb wurde festgestellt, daß ein Betrieb im Frühjahr zwei Monate lang beim Arbeitsamt eine Lehrstelle gemeldet hat und es nicht möglich

war, diese Lehrstelle zu besetzen - entgegen anderer Aussagen -, obwohl auch die Landesregierung mehrheitlich eine Initiative beschlossen hat, daß es Förderungsmittel geben sollte.

Es war bei der letzten Landtagssitzung schon aktenkundig, wieviel es in den ersten vier Monaten zusätzliche Lehrstellen gegeben hat; nur, diese Zahl war mir zu wenig. Diese Anfrage hatte ich aber damals schon gestellt. Mir geht es in erster Linie auch darum, einen Vergleich zu haben, wieviele Lehrplätze wurden im Vergleichsraum 1995 und 1996 ohne Förderungen der Landesregierung geschaffen. Deshalb ersuche ich, die Frage auch ein bißchen in diese Richtung hin zu beantworten.

Ich frage Sie daher, Herr Landeshauptmann: Wieviele zusätzliche Lehrplätze wurden durch die von der Landesregierung beschlossene Lehrlingsoffensive geschaffen?

Landeshauptmann **Dr. Zernatto** (ÖVP):

Herr Präsident! Herr Abgeordneter! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte vielleicht am Beginn dieser Fragebeantwortung feststellen, daß es glücklicherweise im Lande Kärnten einige Initiativen im Zusammenhang mit der Bekämpfung insbesondere der Jugendarbeitslosigkeit gibt.

Die Vertiefung Ihrer Anfrage habe - das darf ich dazusagen - selbstverständlich erwartet, weil ja nur aus der Relation zwischen dem, was ohne Förderung geschehen ist, und dem, was mit Förderung zustande gekommen ist, letztlich ablesbar ist, ob Aktivitäten dieser Art überhaupt einen entsprechenden Sinn haben, weil es ja noch keine Vergleichswerte in Kärnten diesbezüglich gegeben hat.

Ich möchte aber insgesamt darauf hinweisen - und das hat ja ein Gipfelgespräch, auch unter Einbeziehung des Arbeitsmarktservices in Kärnten ergeben - daß wir es, Gott sei Dank, in der Frage der Lehrlingsbeschäftigung mit einem Problem zu tun haben, das - wie wir alle hoffen - ein zeitlich begrenztes sein wird, weil das Arbeitsmarktservice bereits annonciert, daß spätestens im Jahr 2002 sogar wieder ein Überhang an Lehrstellen vorhanden sein wird. Aufgrund

Dr. Zernatto

geburtenschwacher Lehrgänge, meine ich, ist es durchaus sinnvoll und vernünftig, daß man den kurzfristigen Engpaß, der hierbei besteht, mit aktiver Arbeitsmarktpolitik auszugleichen versucht.

Wir haben auch die Möglichkeit dazu. § 1 des Gesetzes vom 14. 6. 1984 über die Förderung der Arbeitnehmer beinhaltet als Ziel unter anderem auch, die Teilnahme der in Kärnten wohnhaften Arbeitnehmer an der fortschreitenden Entwicklung der österreichischen Volkswirtschaft zu sichern und entstehende Nachteile auszugleichen, wobei das Land als Träger von Privatrechten die Förderungsmaßnahmen, Einrichtungen und Maßnahmen unterstützt, die diesen Zielsetzungen dienen, um dabei durch die Arbeitsmarktstruktur und sonstige ursachenbedingte Nachteile und Belastungen der Arbeitnehmer auszugleichen oder zu vermeiden. Dieser § 1 ist die Grundlage all jener Aktivitäten, die hier angedacht und letztlich auch in die Tat umgesetzt wurden.

Im Rahmen der Arbeitnehmerförderung wurden im Zeitraum 1985 bis 1996 insgesamt rund 895 Millionen Schilling zur Auszahlung gebracht, also nahezu eine Milliarde Schilling für diesen ganz konkreten Zweck; wobei wir in den früheren Jahren hier in erster Linie Nachteile ausgeglichen haben, die sich aus dem Wohnort der Arbeitnehmer ergeben haben, durch einen entsprechenden Ausgleich der zusätzlichen Reisekosten quasi, die für die Pendler angefallen sind.

Wir haben im Landesvoranschlag 1997 auch im Rahmen der für die Arbeitnehmer für Förderungszwecke zur Verfügung stehenden 113,8 Millionen bereits 30 Millionen zweckgewidmet als Förderungsbeiträge zur Jugendbeschäftigung. Das ganz einfach deshalb, weil wir sowohl im Kollegium der Kärntner Landesregierung als auch im Arbeitnehmerförderungsbeirat zur Überzeugung gelangt sind, daß es in arbeitsmarktpolitischen schwierigen Situationen und Zeiten ganz einfach notwendig ist, neue Prioritäten festzulegen. Daß es gerade in einer solchen Phase der Entwicklung notwendig ist, in erster Linie für zusätzliche Arbeitsplätze Sorge zu tragen und dafür Mittel aufzuwenden und dafür in einem anderen Bereich, wo es letztlich

um einkommensverbessernde Maßnahmen für Kärntnerinnen und Kärntner geht, die sich in einem aufrechten Arbeitsverhältnis befinden, eine Spur zurückzunehmen.

Es wurde ein Maßnahmenpaket - als "Kärntner Lehrlingsoffensive" bezeichnet beschlossen, das zur verstärkten Neueinstellung zusätzlicher Lehrlinge führen soll. Anlaß für diese Offensive war die Tatsache, daß zu Jahresbeginn 1997 411 Lehrstellensuchenden nur 206 offene Lehrstellen gegenübergestanden sind.

Zu den bisherigen Förderungen im Jahr 1997, die sich direkt oder indirekt auf Lehrlinge bzw. die Lehrlingsausbildung beziehen, wie zum Beispiel für die Lehrlingsfreifahrt 3 Millionen, laufende Lehrlingsstättenförderung rund 15 Millionen, die Investitionsförderung für Lehrwerkstätten mit rund 1 Million, hat die Kärntner Landesregierung in ihrer 58. Sitzung am 28. 1. 1997 als Sofortmaßnahme die "Aktion 10.000" beschlossen und den Arbeitnehmerförderungsbeirat beauftragt, weitere Überlegungen hinsichtlich einer effizienten Lehrlingsförderung anzustellen. Diese "Aktion 10.000" sollte signalisieren, daß wir die Zahl von 10.000 Lehrlingen, die in Kärnten eine Standardgröße war und im vergangenen Jahr erstmals deutlich unterschritten wurde, wieder zu erreichen. Das war das Ziel dieser Aktion.

Die "Aktion 10.000" als erster Schritt dieser Kärntner Lehrlingsoffensive war, wie gesagt, eine temporäre Aktion, die zum Ziel hatte, kurzfristig Lehrlingseinstellungen zu fördern. Das Förderungsausmaß für jeden im Förderungszeitraum vom 1. 1. bis 30. 4. 1997 eingestellten Lehrling betrug 10.000 Schilling. Für die betreffende Aktion wurde eine Million budgetiert.

Das Endergebnis der "Aktion 10.000" steht noch nicht fest, da die Frist noch bis zum 30. 9. 1997 zur Einbringung von Anträgen läuft. Bis jetzt sind etwa 150 Anträge eingelangt.

Und nun, Herr Abgeordneter, zur vertiefenden Frage, die Sie gestellt haben, nämlich wieviele zusätzliche Lehrstellen hat diese "Aktion 10.000" gebracht. Dazu möchte ich feststellen, daß im Aktionszeitraum (1. 1. bis 30. 4. 1997) 601 Lehrlinge neu eingestellt wurden. Im Vergleichszeitraum des Vorjahres wurden 486 Lehrlinge neu eingestellt. Das ist eine Zahl, die wir

Dr. Zernatto

von der Wirtschaftskammer Kärnten erhalten haben. Die Anzahl der neu eingestellten Lehrlinge konnte somit im Jahr 1997 im Vergleich zum Jahr 1996 um 115 gesteigert werden.

Ich möchte aber, Herr Abgeordneter, dazu auch festhalten, daß durch das offensive Angehen dieses Themas und die öffentliche Diskussion zu diesem Thema möglicherweise wesentlich mehr erreicht worden ist als "nur" durch die Zurverfügungstellung von 10.000 Schilling. Ich meine, daß gerade die Kärntner Wirtschaft in dieser schwierigen Situation bewiesen hat, daß sie sich ihrer Verantwortung, gerade was die Lehrlingsausbildung anlangt, durchaus bewußt ist - nicht, wie von einer Jugendorganisation kürzlich hier festgestellt wurde, ihrer Verantwortung nicht gerecht wird.

Aber natürlich hat auch diese "Aktion 10.000" und die damit verbundene Förderungssumme zweifellos einen beachtlichen Anteil an dieser Entwicklung gehabt. Wir haben aber jetzt, weil wir uns von vornherein darüber im klaren waren, daß das ja ausschließlich ein Auftakt sein kann, der im Hinblick darauf gesetzt wurde, Zeit zu gewinnen, um nachhaltige Maßnahmen in diesem Bereich als weitere Schritte zu setzen, einen weiteren Schritt hier begonnen. Die Kärntner Landesregierung hat in ihrer letzten Sitzung einstimmig beschlossen, die Neueinstellung von zusätzlichen Lehrlingen in Lehrwerkstätten und Lehrbetrieben zu fördern. Diese Aktion, die gemeinsam mit dem AMS Kärnten umgesetzt werden soll, soll speziell in den kommenden zwei Jahren, in denen geburtenstarke Jahrgänge auf den Lehrstellenmarkt drängen, eine Verbesserung der Situation erreichen. Für die Neueinstellung zusätzlicher Lehrlinge in Kärntner Lehrwerkstätten beziehungsweise lehrwerkstättenähnlichen Einrichtungen wurden 6.000,- Schilling im ersten Lehrjahr pro Lehrling und Monat und 4.000,- Schilling im zweiten Lehrjahr pro Lehrling und Monat gewährt. Für die Neueinstellung von zusätzlichen Lehrlingen in Kärntner Lehrbetrieben - ich meine, eine wichtige Ausweitung auch dieser Aktivität in jene Bereiche hinein, wo gerade in den kleinen und mittleren Gewerbebetrieben unseres Landes neben den Lehrwerkstätten auch hervorragende Arbeit in der Lehrlingsausbildung geleistet wird - werden Zuschüsse

von 2.000,- Schilling im ersten Lehrjahr und 1.000,- Schilling im zweiten Lehrjahr pro Monat gewährt.

Unter der Annahme, daß etwa 100 zusätzliche Lehrlinge in Lehrwerkstätten und 200 zusätzliche Lehrlinge in sonstigen Lehrbetrieben im Zeitraum 1.6. bis 31.12. aufgenommen werden, erwachsen dem Lande Kärnten in diesem Zusammenhang Gesamtkosten von etwa 20 Millionen Schilling. Exakt sind es bei dieser Zahl 19,2 Millionen Schilling, die durch die entsprechende Umschichtung und Bereitstellung der Mittel im Rahmen des Arbeitnehmerförderungs fonds auch bedeckt erscheinen. Da diese Aktion unter gewissen Voraussetzungen mit dem Arbeitsmarktservice akkordiert werden kann und das AMS Kärnten diese Fördermaßnahme mit ähnlichen Beträgen unterstützt, erhält ein Unternehmer für die zusätzliche Neueinstellung eines Lehrlings in eine Lehrwerkstätte im ersten Lehrgang 144.000,- Schilling. Die Neueinstellung von zusätzlichen Lehrlingen in Lehrbetrieben wird beispielsweise im ersten Lehrjahr mit einem Betrag von 48.000,- Schilling gefördert.

Ich meine, daß damit diese Aktion nicht nur eine erhebliche Entlastung gerade der klein- und mittelbetrieblichen Struktur in unserem Lande darstellt, sondern daß sie ein spürbarer und wie ich meine auch sehr erfolgversprechender Anreiz sein wird, dieses Thema, das uns alle gemeinsam besorgt und gleichzeitig auch zu Maßnahmen anregt, weiter zu verfolgen.

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Gibt es seitens der SPÖ eine Zusatzfrage? Bitte Herr Klubobmann, Abgeordneter Schiller!

Abgeordneter **Schiller** (SPÖ):

Herr Präsident! Hoher Landtag! Herr Landeshauptmann! Sie haben in Ihrer Anfragebeantwortung ausgeführt, daß es notwendig ist, zusätzliche Arbeitsplätze für die Jugend zu schaffen. Sie haben die Kärntner Wirtschaft gelobt, daß sie es in sehr hohem Maße getan hat. Dem ist eigentlich nichts

Schiller

hinzuzufügen. Es geht aber auch um die Beispielswirkung für die Wirtschaft. Was tut der öffentliche Dienst für diesen Bereich? Und die konkrete Frage, weil wir aus Untersuchungen wissen, daß ungefähr 70 Lehrlinge auch im Lande Kärnten eingestellt werden könnten:

Warum wurden bisher vom Lande Kärnten keine Lehrlinge eingestellt?

Landeshauptmann **Dr. Zernatto** (ÖVP):

Herr Abgeordneter! Auch diese Frage gleich mit einer ganz konkreten Antwort. Dieser Kärntner Landtag, das Kollegium der Kärntner Landesregierung, hat sehr einheitlich - Gott sei Dank sehr einheitlich - sich auf einen Konsolidierungskurs des Kärntner Landeshaushaltes geeinigt. Ein ganz wesentlicher Ansatz in diesem Bereich ist selbstverständlich im Rahmen des Gesamtkapitels "Verwaltungsreform" auch die Reduktion der Dienstposten im öffentlichen Bereich. Wir müssen davon ausgehen, daß Dienstposten in diesem Bereich selbstverständlich keine zusätzlichen Einnahmen im Umweg über Steuerleistungen der entsprechenden Unternehmen bringen, sondern daß sie die öffentliche Hand ausschließlich mit zusätzlichen Kosten versehen. Daher sage ich ganz offen, wenn dieser Kärntner Landtag bei seiner bisherigen Meinung bleibt - und ich hoffe, daß er das tun wird, auch im Rahmen der Budgetdiskussion die ja heute ihren Anfang nehmen wird - werde ich auch bei meiner Zielsetzung bleiben, die Reduktion der Dienstposten in dieser Legislaturperiode um 10 Prozent auch in der Realität zustande zu bringen. Ich meine aber und das sollten sich alle bewußt sein, die hier, sicherlich sehr gut gemeint, Forderungen in diese Richtung stellen, daß es, wenn man die Praxis im öffentlichen Dienst kennt, vollkommen illusorisch erscheint, wenn man davon ausgeht, daß Lehrlinge, die jetzt im öffentlichen Bereich aufgenommen werden, nach Absolvierung ihrer Lehrzeit im öffentlichen Dienst sich sozusagen wieder in Luft auflösen und von der privaten Wirtschaft aufgenommen werden. Das heißt also, jeder der hier eine zusätzliche Aufnahme von Lehrlingen im öffentlichen Bereich fordert, muß sich im klaren sein, daß er damit eine Ausweitung des Dienstpo-

stenplanes fordert. Wenn das die Meinung des Hohen Landtages ist, ist sie von mir als Personalreferent selbstverständlich zur Kenntnis zu nehmen. Aber ich kann eine solche Empfehlung nicht abgeben.

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Gibt es seitens der ÖVP eine Zusatzfrage. Bitte, Herr Klubobmann Abgeordneter Sablatnig!

Abgeordneter **Sablatnig** (ÖVP):

Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Geschätzte Damen und Herren! Die Schwerpunktbildung im Rahmen der Arbeitnehmerförderung ist eine ganz besonders wichtige, weil wir über diese Schwerpunktbildung jungen Menschen Ausbildungsplätze anbieten können. Das Ziel und Interesse des Landes ist, Ausbildungsplätze zu schaffen. Das Ziel und Interesse der Wirtschaft ist es, genügend Facharbeiter angeboten zu haben, damit die Aufgaben, die die Kärntner Wirtschaft zu erfüllen hat, auch erfüllt werden können.

Herr Landeshauptmann, wieviele zusätzliche Lehrplätze erwarten Sie über diese vom Land Kärnten beschlossene Aktion?

Landeshauptmann **Dr. Zernatto** (ÖVP):

Herr Abgeordneter! Ich kann, wie gesagt, über den endgültigen Erfolg der Aktion 10.000 noch keine Aussagen machen, die über die etwa 115 zusätzlichen Lehrstellen im heurigen Jahr gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres hinausgehen. Das wird nach Ende des Zeitraumes, in denen es möglich ist, Anträge zu stellen, dann durchaus möglich sein.

Was die neue Aktion anlangt, das bezieht sich auf etwa jene 20 Millionen Schilling, die das Land hier prognostiziert hat. Das bedeutet, daß wir etwa zusätzliche 300 Lehrlingsausbildungsstellen mit dieser Aktivität anreizen und wie wir hoffen, auch damit schaffen können.

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Herr Fragesteller, Abgeordneter Mitterer, haben Sie noch eine Zusatzfrage!

Abgeordneter **Mitterer** (FPÖ):

Ich habe noch eine Zusatzfrage. Sehr löblich sind also die Aktivitäten, die diese Landesregierung auch für die Zukunft beschlossen hat. Ich hätte aber noch eine Frage:

Was bewegt die Landesregierung zu einer großen Differenzierung der Förderungen im Bereich Lehrwerkstätten und Lehrbetriebe, denn die Kosten für die Ausbildung junger Menschen sind annähernd gleich. Die Lehrwerkstätten bekommen zusätzliche Förderungen des Landes sowieso noch, die einzelnen Betriebe bekommen diese nicht. (*Vors.: Das ist eine neue Frage!*) Warum bekommt zum Beispiel der Lehrling das Dreifache im ersten Lehrjahr, das Vierfache im zweiten Lehrjahr, wenn er in der Lehrwerkstätte ausgebildet wird, gegenüber Lehrlingen in Lehrbetrieben?

Landeshauptmann **Dr. Zernatto** (ÖVP):

Herr Abgeordneter, ich darf dazu vielleicht anmerken, daß es hier eine sehr lange Diskussion im Rahmen des Arbeitnehmerförderungsbeirates gegeben hat. Wenn man die Zahlen de facto miteinander vergleicht, auch im Hinblick auf die zusätzlichen Kosten, die vor allem im Lehrwerkstättenbereich durch die Zurverfügungstellung wesentlich kostenaufwendigerer Investitionen und Einrichtungen anfallen, ist die Zahl durchaus vergleichbar, wurde mir zumindest von den Mitgliedern des Arbeitnehmerförderungsbeirates gesagt. Aber hier bin ich gerne bereit, Ihnen auch noch eine intensivere Aufklärung im Rahmen einer schriftlichen Beantwortung zukommen zu lassen.

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Damit ist diese Anfrage erledigt. Wir kommen zur nächsten Anfrage.

5. Ldtgs.Zl. 477/M/27:

Anfrage des Abgeordneten Schwager an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Ausserwinkler

Bitte, Herr Abgeordneter!

Abgeordneter **Schwager** (FPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Sehr geehrter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Ausserwinkler! Am 23. Mai dieses Jahres war der Herr Innenminister Mag. Karl Schlögl bei der Flugrettung in Lienz. Auf die Frage des dortigen Einsatzleiters Johannes Fischer, was passiert mit der Flugrettung und was mit uns Piloten, antwortete der Innenminister - ich zitiere hier den "Osttiroler Boten" vom 29. Mai 1997. Der Innenminister konnte diese Frage nur teilweise beantworten. Ein Hin- und Zurück bringt niemanden weiter, deshalb werde man bis spätestens Oktober über die Zukunft der sieben in Österreich stationierten Rettungshubschrauber des Innenministeriums entscheiden. Aufgrund einer EU-Verordnung müssen ab 1. April 1998 die Rettungshubschrauber mit 2 Turbinen ausgestattet sein, die neu angekauft werden müssen. Ein Hubschrauber dieser Art kostet zwischen 40 und 45 Millionen Schilling. Der Bund müßte dafür neben dem jährlichen Abgang von 60 Millionen Schilling Personalkosten und Erhalt der Geräte über 300 Millionen Schilling investieren. Meine Frage an Sie:

Was kann das Land Kärnten tun, um die zwei für uns relevanten Hubschrauber weiterhin zu behalten?

Landeshauptmann-Stellvertreter **Dr. Ausserwinkler** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Herr Präsident! Hohes Haus! Versuche, die vom Innenministerium durchgeführte Flugrettungstätigkeit

Dr. Ausserwinkler

einzu-schränken, einzustellen, gibt es seit mehreren Jahren. In vielen Verhandlungsrunden haben immer die Vertreter des Landes Kärnten, Frau Landesrätin Achatz vor allem und auch ich darauf hingewiesen, daß für Kärnten diese Form des Flugrettungsdienstes die ideale ist, mit zwei Standorten, einem für Oberkärnten, Standort Lienz und einen für das übrige Kärntner Gebiet, Standort Klagenfurt. Es hat auch vom Land Kärnten immer wieder für diese Institution des Bundes Zahlungen gegeben, Zahlungen die vom Land Kärnten geleistet worden sind, um auch dem Bund gegenüber zu signalisieren, daß ein tiefes Interesse des Landes vorhanden ist, die Form der Hubschrauberrettung aufrecht zu erhalten. Es gab Überlegungen in Richtung Privatisierung, Verlagerung zu anderen Institutionen, Vereinen und ähnlichen. Ich lehne diese Überlegungen rundweg ab, da ich meine, daß das Innenministerium sehr viel in den Aufbau dieser Flugrettung investiert hat, nicht nur von den Geräten her, nicht nur von den Standorten her, sondern was viel wesentlicher auch ist, in das Wissen der Piloten, in das Wissen der Flugretter, auch in die Verzahnung jener, die im Gerät sitzen mit dem Boden, sprich mit den Einrichtungen der Gendarmerie in den einzelnen Orten, mit den Bergrettungsdiensten bis hin zur Hunderechtigungsbrigade, vor allem wenn es um Lawinenunfälle geht. Dieses System stillzulegen wäre somit ein Zerstören von Aufgebautem, ein Verschwenden von Ressourcen und aus dem Grunde werden wir - und ich hoffe, daß es hier keinen Disput zwischen den Parteien in dem Lande Kärnten gibt, sondern ein gemeinsames Auftreten gegenüber dem Bund - diese Form der Flugrettung permanent verteidigen und werden es nicht zulassen, daß eine Kündigung der 15a-Verträge erfolgt, die ja gesetzliche Grundlage für diese Flugrettung sind. Wir haben immer wieder vom Lande Kärnten unsere Gesprächsbereitschaft zur Veränderung, Modernisierung, zur Neugestaltung signalisiert und ich muß sagen, ich war bei drei Innenministern und habe allen drei mitgeteilt, daß eine einseitige Kündigung eine Kriegserklärung gegenüber dem Lande Kärnten bedeutet.

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Gibt es seitens der SPÖ-Fraktion eine Zusatzfrage! Das ist nicht der Fall. Seitens der ÖVP-Fraktion gibt es auch keine Zusatzfrage. Der Fragesteller hat noch eine Zusatzfrage, bitte!

Abgeordneter **Schwager** (FPÖ):

Eine Frage noch. Der Innenminister kündigt an, daß eine Arbeitsgruppe ein Maßnahmenpaket bis Herbst ausarbeitet und dann dem Parlament vorgelegt wird.

Wer von Kärnten ist in dieser Arbeitsgruppe vertreten?

Landeshauptmann-Stellvertreter **Dr. Ausserwinkler** (SPÖ):

Es hat mehrere Arbeitsgruppen gegeben. In einer war ich selbst vertreten. In den übrigen Arbeitsgruppen waren entweder Mitarbeiter der Sozialabteilung, Dr. Wissiak, oder der Chefsicherheitsbeauftragte des Landes, Herr Dörflinger, vertreten. (*Abg. Schwager: Danke!*)

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Wir kommen zur Anfrage

6. Ldtgs.Zl. 478/M/27:**Anfrage des Abgeordneten Stangl an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Ausserwinkler**

Bitte, Herr Abgeordneter!

Abgeordneter **Stangl** (FPÖ):

Hohes Haus! Herr Präsident! Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! In mehreren Ausschußsitzungen, am 28. 3. 1995, 27. 4. 1995, 19. 9. 1995 und in einer Enquete im Landtag kam man zum einstimmigen Beschluß, Sie aufzufordern, ein Berufsschulkonzept vorzulegen. Dieses Konzept betrifft nicht nur eine Standortfrage und ist nicht

Stangl

auf diese allein zu reduzieren. Zwischenzeitlich mußten wir jedoch zur Kenntnis nehmen, daß der Standort Hermagor aufgelassen wurde. Viel wichtiger erscheint uns im Konzept aber die Betrachtung, wie die Materie zukunftsorientiert behandelt wird. Das geht bis zur Ausbildung am Litzelhof, wo eine mehrjährige De-facto-Berufsschule, aber im landwirtschaftlichen Bereich stattfindet. Daher glaube ich, daß es sehr wohl wichtig wäre, ein Berufsbild für die Jugend zu malen. Das beweist gerade die Anfrage zu Punkt 4, wie komplex dieses Thema ist. Es reduziert sich somit ein Berufsschulkonzept nicht auf Standortfragen, (*Vors.: Bitte die Frage zu stellen!*) ob die eine oder andere Berufsgruppe zusammengelegt wird und ob die Lehrwerkstätten höher oder die Betriebe vielleicht etwas geringer gefördert werden, sondern ein Berufsschulkonzept sollte sehr wohl eine Berufsschulvision enthalten, die der Jugend ein Leitbild mit Chancen, Möglichkeiten und Zukunftsaussichten vorgibt.

Daher stelle ich die Frage: Warum wurde das für Ende 1995 angekündigte Berufsschulkonzept für das Berufsschulwesen im allgemeinen und hinsichtlich Feldkirchen und Hermagor im speziellen bis heute nicht vorgelegt? Zweiteres ist obsolet, aber um so wichtiger ist Ersteres. (*Vors.: Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, bitte.*)

Landeshauptmann-Stellvertreter **Dr. Ausserwinkler** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Auf vielen Ebenen hat es klare Weichenstellungen für das Berufsschulsystem in Kärnten in den letzten Jahren gegeben. Das Standortkonzept war eine ganz wesentliche Grundlage dafür, daß in einem zweiten Schritt die bestehenden Berufsschulen zu Kompetenzzentren entsprechend umgerüstet werden konnten. Schauen Sie sich das Kompetenzzentrum Holz in Spittal an der Drau und jenes für die Maurer in Völkermarkt an, wo klare Schwerpunktsetzungen auch mit Investitionen erfolgen, die zukunftssträchtig sind. In diesen zweieinhalb Jahren ist es zusätzlich gelungen, einen mehrstelligen Millionenbetrag an Sponsorengeldern aus der Wirtschaft zu

bekommen, um auch die Berufsschulen auf den modernsten technischen Stand zu bringen.

Eine weitere wichtige Aufgabe im Berufsschulbereich ist es aber - und da war das Land Kärnten im Verhandlungsweg mit dem Bund in den letzten zwei Jahren immens aktiv -, die Zahl der Berufe für Facharbeiter entsprechend zu modernisieren und neue Berufe zu schaffen. Es ist inzwischen eine Reihe von neuen Berufen geschaffen worden. Die Mitteilungen gemäß der Gewerbeordnung, die wir jetzt bekommen haben, haben uns dazu veranlaßt, sofort zu sehen, in welchen Schulen wir diese neuen Berufsgruppen ausbilden können bzw. in welchen Bereichen wir Ausbildungskooperationen mit Nachbarbundesländern, insbesondere mit der Steiermark, vorzunehmen haben.

Der dritte wichtige Bereich im Berufsschulkonzept ist, wenn Sie Visionen ansprechen, daß man bundesgesetzliche Vorgaben in die Richtung gehend macht, für Berufsschüler und für Facharbeiter die Öffnung hin zur Matura vorzunehmen. Das ist eine wesentliche Ausweitung dessen, was an Qualität den jungen Menschen geboten werden kann.

Ich habe heute schon in einer Anfragebeantwortung die intensiven Förderungsmaßnahmen für die Lehrlinge entsprechend dargelegt, die es uns jetzt ermöglicht haben, mit der Wirtschaft in einen engen Kontakt zu treten.

Zu erwähnen ist weiters das Konzept, das in die Richtung Schwerpunktbildung in Kärnten und einer Verbesserung der zeitlichen Angebote sowie der Angebote von entsprechenden Lehrgangsbeschulungen geht. Ich lade Sie ein, Herr Abgeordneter, mit mir einmal einen Rundgang durch die Kärntner Berufsschulen zu machen, dann werden Sie sehen, was sich da in den letzten Jahren getan hat.

(*Vors.: Hat die SPÖ-Fraktion eine Zusatzfrage? - Das ist nicht der Fall. Die ÖVP-Fraktion hat auch keine Zusatzfrage. Herr Abgeordneter, bitte Ihre Zusatzfrage.*)

Abgeordneter **Stangl** (FPÖ):

Ich nehme die Einladung gerne an. Trotzdem ist meine Frage offen: Wann wird dieses Konzept,

Stangl

das anscheinend umgesetzt wird, hier zur Prüfung und zur Beschlußfassung vorgelegt?
(Vors.: Herr Landeshauptmann, bitte.)

Landeshauptmann-Stellvertreter **Dr. Ausserwinkler** (SPÖ):

Herr Abgeordneter, ich habe zu erklären versucht, daß es viele Bereiche gibt, die in der Berufsausbildung in Richtung zum Facharbeiter nicht in der Zuständigkeit des Landes sind. Es wäre eine Illusion, hier Konzepte vorzulegen, die in der Umsetzung dem Bund obliegen. Das, was in Richtung der Strukturänderung der Berufsschulen in Kärnten vorgelegt wurde, ist einsehbar und selbstverständlich auf dem modernsten Stand und Ihnen jederzeit schriftlich vorlegbar. (Abg. Stangl: Bitte!)
(Vors.: Wir kommen nun zur Anfrage 7:)

7. Ldtgs.Zl. 479/M/27:

Anfrage des Abgeordneten Dipl.-Ing. Gallo an Landesrat Dr. Haller

Abgeordneter **Dipl.-Ing. Gallo** (FPÖ):

Herr Präsident! Hohes Haus! Herr Landesrat! Mir ist ein Fall mitgeteilt worden, bei dem die Eingabe an die Abteilung 3 bereits vor Jahren erfolgte, es aber bisher noch zu keiner Bearbeitung von seiten der Gemeindeabteilung gekommen ist. Das ist jetzt vielleicht ein bedauerlicher Einzelfall oder die Spitze eines Eisberges.

Ich frage Sie daher: Wieviele Eingaben bzw. Beschwerden an die Abteilung 3 (Gemeinden) sind bisher noch nicht erledigt worden?
(Vors.: Herr Landesrat Dr. Haller.)

Landesrat **Dr. Haller** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Die Anfrage nimmt auf keinen zeitlichen Rahmen Bezug, so daß sie in dieser Form äußerst schwer zu beantworten ist. Jetzt weiß ich nicht, gehen Sie zurück bis zum Krieg oder noch weiter vor. Ich werde einmal den für mich überschaubaren Zeitraum

der letzten drei Jahre als möglichen Betrachtungsraum für Ihre Anfrage nehmen.

Grundsätzlich muß man einmal sagen, daß Beschwerden und Eingaben in schriftlicher, mündlicher oder telefonischer Form und auch in Faxform einlangen. Die Erledigungen dieser Eingaben bzw. Beschwerden erfolgen ebenso in verschiedener zweckentsprechender Weise, und zwar durch schriftliche, mündliche, telefonische und Fax-Erledigungen oder durch einvernehmlich festgelegte Aussprachen bzw. Besprechungen an Ort und Stelle. Diese Erledigungen erfolgen auf der Basis der geltenden Gesetze möglichst unformalistisch und unbürokratisch und je nach den Erfordernissen des Anlaßfalles.

Zur konkreten Anfrage ist klarzustellen, daß es im Grunde genommen überhaupt keine unerledigten Eingaben bzw. Beschwerden gibt, vielleicht ausgenommen Ihre, Herr Abgeordneter, Anfrage hinsichtlich der Kanalananschlußbeiträge bzw. den Richtlinien für die Nachsicht der Gemeinde in Paternion. Bezüglich dieser Angelegenheit ist zu berichten, daß mit ha. (hieramtlichem) Schreiben vom 4. 6. 1997 die Marktgemeinde Paternion neuerlich ersucht wurde, eine Stellungnahme des Gemeinderates zu den hieramtlichen Bedenken hinsichtlich des Beschlusses der Gemeinderatssitzung der Gemeinde Paternion vom 19. 12. abzugeben, wozu der Marktgemeinde Paternion eine Frist bis zum 27. 6. 1997 eingeräumt wurde. Ihnen, Herr Abgeordneter, wurde dieses Schreiben mit 4. 6. durchschriftlich zur Kenntnis gebracht. Die Gemeinde hat - und das ist jetzt der letzte Stand der Dinge - bei der Landesregierung angesucht, eine Fristerstreckung für die Abgabe dieser Stellungnahme zu erteilen. Dies deshalb, weil sie die Absicht hat, im September des laufenden Jahres eine Gemeinderatssitzung durchzuführen, in der diese Angelegenheit einer entsprechenden Behandlung zugeführt werden soll.

(Vors.: Gibt es seitens der SPÖ eine Zusatzfrage? - Das ist nicht der Fall. Seitens der ÖVP? - Das ist auch nicht der Fall. Der Fragesteller hat noch die Möglichkeit einer Zusatzfrage. Bitte, Herr Abgeordneter.)

Abgeordneter **Dipl.-Ing. Gallo** (FPÖ):

Herr Landesrat, es freut mich, wenn Sie immer nach Paternion kommen, aber das war sicher von mir nicht gemeint. Ich frage Sie in meiner Zusatzfrage: Wie alt ist die Ihnen bekannte am längsten zurückliegende und bisher nicht erledigte Eingabe?

(Vors.: Herr Landesrat Dr. Haller.)

Landesrat **Dr. Haller** (SPÖ):

Herr Abgeordneter, zunächst freut es mich, daß es Sie freut, wenn ich nach Paternion komme. (Abg. Dipl.-Ing. Gallo: *Grenzenlose Freude!*) Ich hoffe, daß sich das durch unsere Beziehungskultur nicht ändern wird, die in diesem Haus schon zur Regelmäßigkeit wird, wogegen ich aber auch nichts einzuwenden habe.

Zu Ihrer konkreten Fragestellung, wie alt der älteste Akt ist: Das ist sicherlich eine äußerst schwierige Frage, weil ich nicht unmittelbar in der Gemeindeabteilung sitze, die Sie offensichtlich ansprechen. Die Beamten der Abteilung - der Vorstand sitzt sogar hier auf der Beamtenbank - sind mir aber als äußerst gewissenhaft bekannt. Ich registriere durch den ständigen Kontakt mit den Mitarbeitern gerade dieser Abteilung, daß von irgendwelchen Aktenversäumnissen oder unnötigen Blockaden in der Abteilung keine Rede sein kann. Ich bitte aber um Verständnis dafür, daß bei 132 Gemeinden und der Vielzahl der eben aktuellen Probleme, die mit diesen Gemeinden zusammenhängen, nicht jede Angelegenheit am selben Tag oder in derselben Woche erledigt werden kann, wie das den jeweiligen Beschwerdeführern recht wäre, sondern daß es hier eine "Rangordnung" der Probleme gibt, nach der Entscheidungen getroffen oder Beantwortungen vorgenommen werden.

(Vors.: *Damit ist diese Anfrage erledigt und wir kommen zur Anfrage 8.:*)

8. Ldtgs.Zl. 480/M/27:

Anfrage des Abgeordneten Schiller an Landeshauptmann Dr. Zernatto

Abgeordneter **Schiller** (SPÖ):

Herr Präsident! Hoher Landtag! Der Kärntner Landtag hat im November 1992 ein Motorbootabgabengesetz beschlossen, in welchem ein Paragraph besonders heraussticht, nämlich der § 9, wonach diese Abgabenerträge zweckgewidmet für den Ankauf von Ufergrundstücken an Kärntner Gewässern zu verwenden sind. Diese Zweckwidmung wurde am Beginn dieses Jahres aus dem Gesetz eliminiert.

Mich würde interessieren, Herr Landeshauptmann, wieviel das Land Kärnten im Haushaltsjahr 1996 an Motorbootsteuer eingenommen hat. (Vors.: Herr Landeshauptmann Dr. Zernatto.)

Landeshauptmann **Dr. Zernatto** (ÖVP):

Herr Präsident! Hohes Haus! Herr Abgeordneter! Zu den Grundsätzen, die Sie angeführt haben, darf bemerkt werden, daß das Motorbootabgabengesetz 1992 die Zweckwidmung mit folgendem Wortlaut vorsah: "Die Abgabenerträge sind zweckgewidmet für den Ankauf von Ufergrundstücken an Kärntner Gewässern zu verwenden.", wie Sie das auch bereits richtig hier angeführt haben.

Ich darf vielleicht nicht nur das Jahr 1996, sondern aus Vergleichszwecken, für Sie sicherlich nicht uninteressant, die Entwicklung der Motorbootabgabe von 1993 bis 1996 anführen. Es waren im Jahre 1993 8,575.318 S, im Jahre 1994 8,899.862 S, im Jahr 1995 8,658.208 S und im Jahr 1996 8,851.107 S.

Nachdem ich vorher auch die Zweckwidmung angezogen habe, könnte ich mir vorstellen, daß es für Sie von Interesse ist zu wissen, inwieweit dabei auch widmungsgemäße Verwendungen vorgenommen wurden. Ich darf für die Förderung von Seegrundankäufen in den Jahren 1992 bis 1996 folgende Beträge als aufgewendet melden: 1992 waren es insgesamt 18,750.000 S für die Gemeinden Hermagor, Millstatt, Steindorf und St. Urban. Im Jahre 1993 waren es 13,310.000 S für die Gemeinden Steindorf, Millstatt und Saag, also Gemeinde Techelsberg. 1994 waren es 6,750.000 S in den Gemeinden Steindorf, Millstatt und St. Urban. Im Jahre 1995 wurde kein widmungsgemäßer Ankauf

Dr. Zernatto

getätigt. Im Jahr 1996 waren es 1,550.000 S in der Gemeinde Finkenstein.

Sie können daraus ersehen, daß im Jahresdurchschnitt ungefähr 10 Millionen Schilling an Förderungen gewährt wurden. Zu den grundlegenden Charakteristika gehört, daß bei den Seegrundankäufen in Anbetracht der hohen Quadratmeterpreise sehr aufwendige Vorhaben abgewickelt werden und die Kaufverhandlungen zumeist erst nach Jahren zum Abschluß geführt werden können. Ich darf zur Beteiligung der Bundesforste hier anführen: Es sind gegenwärtig Verhandlungen offen. Das vielleicht als Ergänzung zu Ihrer Frage, zum Beispiel in der Gemeinde St. Georgen am Längsee Ankauf der Roßschwemme und in anderen Gemeinden. Daraus ergibt sich auch die Notwendigkeit der Übertragung der Kreditmittel in das jeweils nachfolgende Rechnungsjahr.

Im Landesvoranschlag war für das Jahr 1996 eine Summe von 9 Millionen für die Förderung von Seegrundankäufen vorgesehen. Für den Voranschlag 1997 sind 2 Millionen Schilling präliminiert. Diese Summe ist auch für die Jahre 1998 und 1999 vorgesehen. Nicht vorhandene Kreditmittel wurden entsprechend der Zweckbindung in der Höhe der Einnahmen aus der Motorbootabgabe im Wege der Kreditübertragung in das jeweilige Folgejahr 1997 für Zwecke des Ankaufes von Seegrundstücken insgesamt noch 28,550.000 Schilling zur Verfügung.

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Gibt es seitens der Freiheitlichen eine Zusatzfrage? - Bitte, Herr Abgeordneter Gallo!

Abgeordneter **Dipl.-Ing. Gallo** (FPÖ):

Herr Landeshauptmann, halten Sie aufgrund der vorgelegten Zahlen diese Motorbootabgabe in der gegenwärtigen Form für zielführend und angemessen?

(Abg. Dipl.-Ing. Gallo will in die Abgeordnetenbank zurückkehren. - Vorsitzender: Ich bitte, am Pult stehen zu bleiben! Nicht der Landes-

hauptmann, sondern Sie, Herr Abgeordneter! - Heiterkeit im Hause)

Landeshauptmann **Dr. Zernatto** (ÖVP):

Herr Abgeordneter, es steht mir nicht zu, hier eine Bewertung von Abgaben, was ihre Sinnhaftigkeit anlangt, vorzunehmen. Der Hohe Landtag hat im Jahr 1992 diese Abgabe beschlossen. Ich habe diese Abgabe als Finanzreferent gemeinsam mit der Abteilung 4 entsprechend zu vollziehen. *(Beifall von der ÖVP-Fraktion)*

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Gibt es seitens der ÖVP eine Zusatzfrage? - Das ist nicht der Fall! - Der Fragesteller hat die Möglichkeit, eine Zusatzfrage zu stellen. Bitte, Herr Abgeordneter Schiller!

Abgeordneter **Schiller** (SPÖ):

Herr Präsident! Hoher Landtag! Herr Landeshauptmann, Sie haben sehr aufschlußreich und sehr informativ die Zahlen dargelegt. Wir haben ja seit kurzem diesen § 9 nicht mehr, das heißt es gibt keine Zweckbindung mehr.

Daher meine Frage: Werden Sie als Finanzreferent trotzdem dafür sorgen, daß die aus der Motorbootsteuer eingenommenen Mittel vorwiegend für den Ankauf von Seegrundstücken verwendet werden?

Landeshauptmann **Dr. Zernatto** (ÖVP):

Herr Abgeordneter! Auch dazu eine ganz klare Feststellung. Ich meine, daß die seinerzeitige Zweckwidmung dieser Motorbootabgabe, die ja wenn ich mich recht erinnere, damit verknüpft war, daß es eine quasi Zusage, die leider Gottes nie eingehalten wurde, des Bundes gegeben hat, eine solche Motorbootabgabe zu verdoppeln, daß diese Einführung damals aus der ganz klaren Position dieses Hohen Landtages entstanden ist, daß Seeuferflächen ein unvermehrbares, kostbares Gut in Kärnten darstellen und daß es daher überall, wo die Möglichkeit besteht, erstens den

Dr. Zernatto

freien Zugang zu den Seeufnern zu ermöglichen oder aber entsprechende Flächen für touristische Aktivitäten, die der Allgemeinheit zugute kommen, vorzunehmen, sichergestellt werden soll. Ich meine, daß sich an dieser Priorität auch durch den Wegfall dieses § 9 letztlich nichts geändert hat. Das einzige, was dadurch möglich geworden ist, ist die Chance, daß wir im Rahmen des Grundstücksfonds, der ja auch einen Teil dieser Vereinbarung darstellt, mehr Flexibilität haben und Mittel nicht von einem Jahr ins andere übertragen müssen, um hier entsprechend hohe Beträge anlaufen zu lassen, sondern dort, wo Prioritäten in den Gemeinden vorhanden sind, diese Mittel auch zum Einsatz bringen zu können.

Aber ich meine, und da befinde ich mich mit Sicherheit auch im Einklang mit den Kolleginnen und Kollegen hier im Hohen Haus, daß es nach wie vor ein vordringliches Interesse und Anliegen der öffentlichen Hand sein muß,

Grundflächen an den Kärntner Seen entweder einen Zugang zu ermöglichen, andererseits für wirtschaftliche Aktivitäten entsprechend Raum zu schaffen, sinnvoll und unbestritten ist.

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Damit ist diese Anfrage erledigt! - Ich rufe die weiteren Anfragen auf: Anfrage 9, Ldtgs.Zl. 481/M/27: Anfrage des Abgeordneten Mitterer an Landeshauptmann Dr. Zernatto. Mündlich oder schriftlich? (*Abg. Mitterer: Mündlich!*) Mündlich, in der nächsten Sitzung! - Anfrage 10: Ldtgs.Zl. 482/M/27: Anfrage des Abgeordneten Stangl an Landesrat Lutschounig? (*Abg. Stangl: Mündlich!*) Mündlich, in der nächsten Sitzung!

Damit, geschätzte Damen und Herren, Hohes Haus, sind wir am Ende der Fragestunde.

Tagesordnung

Für die heutige Sitzung sind entschuldigt: Frau Landesrätin Dr. Sickl, Herr Abgeordneter Großmann und Herr Abgeordneter Traußnig. Ich darf der Frau Abgeordneten Trunk, die momentan nicht im Haus ist, herzlich zu ihrem Geburtstag gratulieren. (*Beifall im Hause. - Kurz darauf betritt die Beglücktwünschte den Sitzungssaal.*) Herzliche Gratulation, Melitta! (*2. Präs. Dipl.-Ing. Freunschlag: Zum Zwanziger! - Heiterkeit im Hause.*)

Der Landtag ist beschlußfähig! Hohes Haus! Aufgrund der Tatsache, daß der Untersuchungsausschuß betreffend die Karawankenautobahn seine Arbeit wieder aufnehmen will, ist es durch das Ausscheiden des Dritten Präsidenten a. D. Dkfm. Scheucher, der Mitglied dieses Ausschusses war, erforderlich, ein neues Mitglieder ÖVP in diesen Ausschuß zu wählen. Es ist diesbezüglich notwendig, die Tagesordnung zu ergänzen. Wer mit der Ergänzung der Tagesordnung,

Ldtgs.Zl. 330-1/27:

Wahl eines Mitgliedes eines Ausschusses gemäß Art. 17 Abs. 3 L-VG in Verbindung mit § 32 Abs. 2 KLTGO

betreffend Untersuchungsausschuß betreffend die Karawankenautobahn

einverstanden ist - hierfür ist Zweidrittelmehrheit erforderlich -, den bitte ich um ein Handzeichen! - Danke, das ist einstimmig so beschlossen; es wird so vorgegangen.

Der Wahlvorschlag wurde ordnungsgemäß eingebracht. Er lautet auf Frau Landtagsabgeordnete Mag. Christina Herbrich. Die Wahl erfolgt mittels Stimmzettel und mit der Wahlurne. Ich darf die jüngsten Mitglieder der Klubs, das ist Mag. Dr. Peter Kaiser, Herr Abgeordneter Dr. Martin Strutz und Dritter Präsident Dr. Klaus Wutte bitten, als Stimmzähler tätig zu werden. Ich ersuche den Schriftführer um Verlesung der Mitglieder zur Durchführung des Wahlaktes! Bitte, Herr Dr. Putz!

Direktor **Dr. Putz:**

Herr Abgeordneter Ferlitsch! Herr Abgeordneter Dr. Kaiser! Herr Abgeordneter Kollmann! Herr Abgeordneter Koncilia! Frau Abgeordnete Kövari! Herr Abgeordneter Markut! Frau Abgeordnete Schaumberger! Herr Abgeordneter

Dr. Putz

Schlagholz! Frau Abgeordnete Mag. Trunk! Herr Erster Präsident Unterrieder! (*Während des Wahlganges des Ersten Präsidenten führt der Zweite Präsident den Vorsitz.*) Herr Abgeordneter Ing. Wissounig! Herr Zweiter Präsident Dipl.-Ing. Freunschlag! Herr Abgeordneter Dipl.-Ing. Gallo! Frau Abgeordnete Kreuzer! Herr Abgeordneter Mitterer! Herr Abgeordneter Ing. Pfeifenberger! Herr Abgeordneter Pistotnig! Herr Abgeordneter Schretter! Herr Abgeordneter Schwager! Herr Abgeordneter Stangl! Frau Abgeordnete Steinkellner! Herr Abgeordneter Dr. Strutz! Frau Abgeordnete Warmuth! Herr Abgeordneter Bergmann! Herr Abgeordneter Ing. Eberhard! Herr Abgeordneter Mag. Grile! Frau Abgeordnete Mag. Herbrich! (*Den Vorsitz übernimmt um 10.14 Uhr 2. Präs. Dipl.-Ing. Freunschlag.*) Herr Abgeordneter Hinterleitner! Frau Abgeordnete Ott! Herr Abgeordneter Ramsbacher! Herr Abgeordneter Sablatnig!

Herr Dritter Präsident Dr. Wutte, Herr Abgeordneter Wedenig.

(*Nachdem alle Abgeordneten ihre Stimmen abgegeben haben, gibt der Vorsitzende das Wahlergebnis bekannt.*)

Vorsitzender Zweiter Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Geschätzte Damen und Herren! Hohes Haus! Ich gebe das Wahlergebnis bekannt: Summe der abgegebenen Stimmen: 32

Ungültige Stimmen : 19

Gültige Stimmen: 13

Somit ist Frau Abgeordnete Mag. Herbrich als Mitglied des Unterausschusses betreffend die Karawankenautobahn gewählt.

(Den Vorsitz übernimmt um 10.19 Uhr Erster Präsident Unterrieder)

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Geschätzte Damen und Herren! Hohes Haus! Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

**Ldtgs.Zl. 177-71/27:
Bericht und Antrag der Landesregierung zum Entwurf eines Beschlusses**

über den Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben des Landes Kärnten sowie der Stellenpläne des Landes Kärnten für das Jahr 1998 mit einem Budgetprogramm im Sinne des Art. 61 Abs. 1 in Verbindung mit Art. 73 Abs. 7 K-LVG für das noch in die laufende Gesetzgebungsperiode fallende Finanzjahr 1999 und einer mittelfristigen Vorschau betreffend die voraussichtliche finanzielle Entwicklung 1999 bis 2001 sowie zum Entwurf eines Beschlusses, mit dem der Landesregierung Vollmachten und Zustimmungen zum LVA 1998 erteilt werden.

Einbegleitung durch den Landesfinanzreferenten Landeshauptmann Dr. Christof Zernatto

Hohes Haus! Der Tradition entsprechend wird der Herr Landeshauptmann vom Rednerpult die Budgeteinbegleitungsrede halten. Bitte, Herr Landeshauptmann!

Landeshauptmann **Dr. Zernatto** (ÖVP):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Wie der Herr Präsident angeführt hat, handelt es sich bei dieser Budgeteinbegleitung tatsächlich um eine Tradition, die hier in Kärnten üblich ist und soll die Gelegenheit bieten, neben der Vorstellung der nackten und nüchternen Fakten auch einen Überblick über die Gesamtentwicklung im Lande zu geben, insbesondere dort, wo durch politische Aktivitäten und Willensbildungen letztlich Strukturen in diesem Lande verändert werden.

Es kommt nicht von ungefähr, wenn immer wieder betont wird, daß letztlich das Budget, der Landeshaushalt, die in Zahlen gegossene politische Willensbildung beziehungsweise das Ergebnis dieser Willensbildung ist, die sicher in vielfältigen Begleitsetzungen, Verordnungen des Landes entsprechend widerspiegeln.

Es ist allerdings nicht Tradition, daß diese Budgeteinbegleitung Mitte Juni erfolgt, sondern traditionsgemäß hat die Budgetdebatte, beziehungsweise auch die Budgeteinbegleitung, im-

Dr. Zernatto

mer im Herbst des laufenden Jahres stattgefunden, zu einem Zeitpunkt, wo man der Meinung war, daß Budgetdiskussionen geführt werden sollen.

Und ich möchte, bevor ich jetzt in meinen Beitrag hier eingehe, auch ganz kurz begründen, warum ich überzeugt davon war, daß es sinnvoll ist, von dieser Tradition abzugehen, in einer ganz spezifischen politischen Situation im Lande und in einer ganz spezifischen politischen Situation aber auch in der Republik Österreich und in Europa. Wir haben uns vor vier Jahren etwa gegenseitig sehr eindeutig versichert und das auch durch entsprechende Beschlüsse des Kärntner Landtages und des Kollegiums der Kärntner Landesregierung nachvollzogen, daß es notwendig ist, im Hinblick auf die Stabilitätspolitik in Österreich, in Kärnten, im Hinblick auf die unabdingbar notwendige Teilnahme Österreichs an der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion und auch im ersten Schritt an einer gemeinsamen europäischen Währung alles daran zu setzen, daß auf allen Ebenen der Republik, Bund, Land und Gemeinden entsprechende Konsolidierungsschritte, was die öffentlichen Haushalte anlangt, gesetzt werden müssen. Wir haben damals in Kärnten einen besonderen und speziellen Handlungsbedarf geortet, der ja auch immer wieder Inhalt sehr heftig auch kontroversieller Diskussionen hier im Kärntner Landtag und auch weit darüber hinaus war. Ich meine, daß es gut ist, daß diese Diskussion geführt wurde und nach wie vor geführt wird. Daß hier auch kontroversielle Positionen immer wieder eingebracht werden, weil es ganz einfach wichtig und notwendig ist, an dieser Auseinandersetzung letztendlich die Gemeinsamkeiten festzumachen und diese Gemeinsamkeiten dann nach Möglichkeit auch gegossen in den jeweiligen Landeshaushalt politisch umzusetzen. Es kommt aber eine zweite Komponente dazu. Konsolidierungspolitik bedeutet, daß man in vielen Bereichen und in vielen Fragestellungen das tun muß, was Politiker besonders ungern tun, nämlich nein sagen. Daß Konsolidierung ja nicht ein akademisches Schlagwort ist, das durch Rechenkünste zustande gebracht werden kann, sondern daß Konsolidierung letztendlich bedeutet, daß bei den Ausgaben gespart werden muß, unter zur Kenntnisnahme auf gerade der Ebene der Bundesländer, daß auf der Seite der

Einnahmen hier nur unwesentlicher Bewegungsspielraum besteht. Das war der Grund, warum ich auch überzeugt davon war, nachdem wir im Frühjahr 1999 wieder Landtagswahlen zu erwarten haben, daß es mein Bemühen ist, die Diskussion über die Landeshaushalte und die Diskussion über die Budgetpolitik aus diesem Landtagswahlkampf, der ja offensichtlich unvermeidbar mit einer solchen Wahl einhergeht, herauszuhalten, um die Kontinuität der Budgetpolitik, der Haushaltspolitik in Kärnten, auch über diese Wahl hinaus sicherzustellen. Das ist auch der Grund dafür, warum ich Ihnen im heurigen Jahr im Juni nicht nur den Landeshaushalt 1998 zur Beschlußfassung vorlege, sondern darüber hinaus einen bereits sehr detaillierten Entwurf für das Budget 1999, sodaß, wenn die von uns angenommenen Eckdaten und Rahmenbedingungen so eintreffen, wovon wir an sich überzeugt sind, auch im nächsten Jahr keine Grundsatzdiskussion mehr über den Haushalt 1999 notwendig ist, sondern eigentlich nur die Beschlußfassung, ja die Rahmenbedingungen und Eckdaten haben gehalten, damit ist dann auch das Budget 1999 beschlußfähig.

Ich habe aber darüber hinaus auch sichergestellt, obwohl rechtlich gar nicht unabdingbar notwendig, daß wir über diese zwei Haushalte hinaus auch eine mittelfristige Budgetvorschau bis ins Jahr 2001 hier vorlegen, durchaus im Bewußtsein, daß ich damit auch bis zu einem gewissen Grad die nächste Legislaturperiode präjudiziere. Aber ich meine, daß wir gerade in der Budgetpolitik davon Abstand nehmen sollten, ausschließlich in Legislaturperioden zu operieren, sondern hier in einer sehr langfristigen Planung sicherzustellen, daß gerade in diesem Bereich auch die entsprechende Glaubwürdigkeit einerseits aber andererseits auch Kalkulierbarkeit des Vorgehens der öffentlichen Hand im budgetären Bereich sichergestellt ist.

Wir beschreiten also mit diesem Landesvoranschlag 1998 neue Wege in Kärnten. Wir werden diesen Voranschlag bereits im Sommer diskutieren. Wir wollen damit zeigen, daß wir die Budgetpolitik Kärntens längerfristig konzipieren. Durch die frühe Verabschiedung des Voranschlages 1998 gewinnen wir aber darüber hinaus auch die Zeit, grundlegende mittelfristige Fragen unseres Landes frei von dem Druck der Budget-

Dr. Zernatto

erstellung zu diskutieren und entsprechende Maßnahmen durchzusetzen.

Die Einhaltung des Zeitplanes der mittelfristigen Vorschau aus dem Jahre 1995 beweist, daß mittelfristige Zielsetzungen für uns auch beileibe keine Lippenbekenntnisse sind, sondern daß wir sie ernst nehmen. Nicht nur die Einhaltung von Voranschlägen im Vollzug, sondern auch die Realisierung von mittelfristigen Überlegungen gehört zur Glaubwürdigkeit dazu, die für mich ein ganz entscheidendes Instrument der Budgetpolitik bedeutet. Die wirtschaftliche Entwicklung hat jedoch weder die Konsolidierung 1996 und 1997 noch die Erstellung des Voranschlages für 1998 begünstigt. Denn was sind zur Zeit die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen.

Die Konjunktur erholt sich nur langsam. Für heuer rechnen die Wirtschaftsforscher mit einem realen Wachstum der österreichischen Wirtschaft von 1,4 Prozent und für das nächste Jahr mit 2,2 Prozent. Das ist weniger als der Durchschnitt der Europäischen Union. Nach der mittelfristigen Vorschau wird die österreichische Wirtschaft erst 1999 mit einer Zunahme des realen Brutto-Indandsproduktes von 3 Prozent den EU-Durchschnitt wieder erreichen.

Allerdings gibt es auch in dieser Prognose ermutigende Anzeichen für die Zukunft. Die Exporte und Ausrüstungsinvestitionen wachsen kräftig, das zeigt, daß sich die österreichische Wirtschaft im harten internationalen Konkurrenzkampf gut behauptet und die Unternehmer vor allem bereit sind, sich diesem Wettbewerb auch offensiv zu stellen.

Kärnten ist von der gegenwärtigen Konjunkturschwäche besonders betroffen, weil die Bauwirtschaft und der Tourismus, die in der Kärntner Wirtschaft eine wichtige Rolle spielen, die schwache Nachfrage eklatant zu spüren bekommen.

Erfreulich ist jedoch, daß sich die Lage am Arbeitsmarkt, wenn auch marginal, aber doch langsam bessert. Die Wirtschaftsforscher erwarten, daß die Beschäftigung schon heuer leicht zunimmt und für das nächste Jahr wird ein weiterer Anstieg um etwa 0,4 Prozent prognostiziert. Die Prognosen zeigen, daß nächstes Jahr erstmals seit einigen Jahren die

Arbeitslosigkeit wieder leicht sinken wird. Was bedeutet das für Kärnten? Die Arbeitslosenquote Kärntens war 1996 im Durchschnitt bei 9,4 Prozent und somit doch wesentlich über dem Bundesschnitt von etwa 7 Prozent. Die vorläufigen Ergebnisse für den Monat Mai 1997 zeigen jedoch bereits eine wenn auch schwache Trendumkehr.

Gegenüber dem Vormonat nahm die Beschäftigung, vorrangig natürlich saisonbedingt, um 5066 oder 2,7 % zu, der Österreichdurchschnitt beträgt 0,7 %. Gleichzeitig waren 15.225 Personen arbeitslos, das sind um 63 oder die oben angeführten 0,4 % weniger als im Vorjahr. Gegenüber dem Vormonat nahm die Arbeitslosenzahl ebenfalls, natürlich saisonbedingt, um 4.069 oder 21,1 % ab. Für Kärnten errechnet sich aus dem Beschäftigten- und Arbeitslosenstand von Ende Mai 1997 somit eine Arbeitslosenquote von 7,4 %. Für Österreich ergibt sich gleichzeitig bei insgesamt 211.000 Beschäftigungslosen eine Arbeitslosenquote von 6,5 %, also immer noch deutlich unter dem Kärntner Schnitt. Es gibt aber durchaus Rahmenbedingungen von außen, die auch außen ge-"handled" werden müssen.

Die Ergebnisse der öffentlichen Haushalte des Jahres 1997 sind auch ein maßgeblicher Faktor in den Entscheidungen, welche Länder ab 1999 an der dritten Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion teilnehmen werden. Es werden daher auch die Voranschläge 1998 nicht unbeobachtet bleiben. Es geht aber dabei - und das möchte ich ganz besonders betonen - nicht nur um die Frage der Teilnahme an der Wirtschafts- und Währungsunion. Die Grenze der Neuverschuldung von 3 % des Bruttoinlandsproduktes ist auch zu einem ganz wesentlichen Beurteilungskriterium der finanziellen Stabilität eines Landes durch die internationalen Finanzmärkte geworden. Diese Einschätzung wiederum beeinflusst aber auch das Zinsniveau für alle anderen Kredite, somit auch für die Unternehmungen und für die Privaten in unserem Lande.

Der für diese Berechnungen maßgebliche Saldo wies in Kärnten 1996 einen Überschuß von 80 Millionen Schilling aus, für 1997 bzw. 1998 sind Überschüsse von 270 bzw. 506 Millionen Schilling zu erwarten. Kärnten leistet damit nach

Dr. Zernatto

Meinung von Experten einen ausreichenden Beitrag zur positiven Einschätzung Österreichs durch die internationalen Finanzmärkte. Kärnten nimmt nichts vom Neuverschuldungsspielraum Österreichs in Anspruch, es beschneidet nicht die anderen Gebietskörperschaften, insbesondere nicht die finanziellen Spielräume der Gemeinden. Mehr, meine Damen und Herren, kann man von einem wirtschaftlich schwächeren Bundesland wohl sicher nicht verlangen.

Die derzeitige Situation der Budget- und Wirtschaftspolitik muß im gesamteuropäischen Kontext gesehen werden. Die Wirtschaft ist stark von überregionalen Tendenzen und Entscheidungen bestimmt. Es sind im wesentlichen zwei Termine, die für die Zukunft des Wirtschaftsstandortes Europa von wesentlicher Bedeutung sind: Erstens die Entscheidung auf EU-Ebene im Mai 1998, welche Länder den Euro zunächst einführen werden, und zweitens der 1. Jänner 1999 mit dem Start der dritten Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion mit einer einheitlichen Geldpolitik durch die Europäische Zentralbank. Dieses Vorhaben wird letztendlich die wirtschaftliche Entwicklung in den nächsten Jahren maßgeblich prägen.

Die Einführung einer gesamteuropäischen Währung ist ein ganz entscheidender Integrations-schritt der Europäischen Union, denn erst mit einer einheitlichen Währung kann der Binnenmarkt wirklich effizient funktionieren. Die Teilnahme Österreichs von Beginn an wird die wirtschaftliche Dynamik mittel- bis langfristig positiv beeinflussen, in der Übergangsphase, das soll hier auch gar nicht verschwiegen werden, wird es aber mit Sicherheit im Bankensektor sowie im Verhalten der Geld- und Fiskalpolitik zu Umstellungsproblemen kommen, die wir meistern müssen. Die mittelfristigen positiven Ergebnisse für Österreich sind ein höheres Wirtschaftswachstum, strukturelle Verbesserungen, eine Zunahme der Arbeitsplätze, weniger Inflation, eine Stabilisierung der Finanzpolitik, positive Effekte durch den Wegfall von Transaktionskosten sowie eine Senkung der Preise der Finanzdienstleistungen durch die Intensivierung des Wettbewerbes auf dem Euromarkt.

Meine Damen und Herren! Sollte Österreich, was zur Zeit äußerst unwahrscheinlich ist, an der dritten Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion nicht in der ersten Gruppe teilnehmen können, sind dramatische Veränderungen des Investorenvertrauens und der Stabilitätsmechanismen zu erwarten. Bei der Betrachtung dieses europäischen Binnenmarktes mit einer einheitlichen Währung muß festgehalten werden, daß dadurch sowohl der Wirtschaftsstandort Europa abgesichert als auch eine neue Dynamik für eine positive Entwicklung am Arbeitsmarkt gegeben sein wird.

Meine Damen und Herren, ich meine aber, hier doch einen Einschub machen zu müssen. Wir wissen ganz genau, und es wird sich letztendlich auch die politische Diskussion damit auseinandersetzen haben, daß das Vertrauen der Bevölkerung in die Richtigkeit dieses Schrittes erst erreicht werden muß, daß sehr viele Österreicherinnen und Österreicher aus der historischen Erfahrung mit Währungsreformen Angst vor diesem Schritt haben. Das ist für mich auch durchaus verständlich. Jede Währungsreform der letzten hundert Jahre hat letztlich zu ganz massiven Vermögensverlusten für breite Teile der Sparer in unserem Land geführt. Darum fragt sich natürlich der Österreicher und die Österreicherin, warum es ausgerechnet diesmal anders sein soll. Meine Damen und Herren, warum soll es diesmal anders sein? Es ist eine nicht von außen aufgezwungene Aktivität, sondern es ist letztendlich eine offensive Strategie, die verfolgt wird, die nach meinem Dafürhalten die einzig wirklich sinnvolle ist, um den Wirtschaftsstandort Europa im Verhältnis zu den Wirtschaftsstandorten Amerika, Japan oder der Tigerstaaten auf Dauer behaupten zu können, vor allem was die Geld- und Währungspolitik angeht.

Meine Damen und Herren, ich sage das ganz offen: Die Horrorvision schlechthin für mich wäre die Einführung des Euro mit Österreich nicht in der ersten Stufe dabei. Eine direkte Abkoppelung des Schillings von der D-Mark, denn ich gehe davon aus, daß selbstverständlich Deutschland in der ersten Phase dabei sein wird, hätte katastrophale Folgen, davon bin ich zu tiefst überzeugt, und würde zu einem ganz massiven Verlust des Vertrauens in die österreichi-

Dr. Zernatto

sche Währung, in die Stabilität und in die Entwicklungsmöglichkeiten, vor allem was Investitionen anlangt, in unserem Lande führen. Daher bitte ich wirklich mit Nachdruck, daß wir diese Diskussion durchaus engagiert und unter Beziehung aller nur möglichen Standpunkte führen, denn es wird nach meinem Dafürhalten nicht möglich sein, mit bunten Broschüren oder mit Sonntagsreden die Bevölkerung von der Notwendigkeit und Wichtigkeit dieses Schrittes, den sie letztendlich mit ihrer Zustimmung zur Europäischen Union bereits selbst beschlossen und mitbeschlossen hat, auch tatsächlich zu überzeugen. Daher meine Bitte auch an dieses Hohe Haus, sich diesem Thema mit Nachdruck zu widmen und sich zu informieren, um letztlich auch als Informationspartner für die Öffentlichkeit zur Verfügung stehen zu können, dabei auf Polemik zu verzichten und danach zu trachten, daß man eine Diskussion mit rationalen Fakten und Argumenten versehen kann, von der ich überzeugt bin, daß sie letztlich emotional geführt wird.

Meine Damen und Herren, nun zum nächsten Punkt: Mit der Erkenntnis, daß es kein Allheilmittel gegen die Arbeitslosigkeit und das mäßige Wirtschaftswachstum gibt, dürfen wir uns nicht abfinden, sondern wir müssen pragmatische Lösungsansätze forcieren. Überall dort, wo mit ideologischen Altlasten befrachtete Extremösungen verfolgt wurden, endeten sie mehr oder weniger nicht erfolgreich. Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik dürfen nicht von Extremstandpunkten aus betrachtet und auch nicht mit Instrumentarien des Klassenkampfes geführt werden. Bei der Betrachtung der Probleme und Chancen der Zukunft sind alle politischen Kräfte gefordert, gemeinsam Lösungsansätze zu verfolgen. Wer es mit dem gesamtwirtschaftlichen Gleichgewicht ernst meint und nicht verkrusteten, starren und veralteten Ideologien nachlaufen will, der sucht pragmatisch nach einem Politikmix, der die Wirtschaft und somit den Arbeitsmarkt ein gutes Stück in Richtung Vollbeschäftigung vorantreibt.

Folgende Punkte bilden daher ein wichtiges und zielführendes Maßnahmenpaket: Ohne Wachstum keine Haushaltskonsolidierung, ohne Haushaltskonsolidierung kein Aufschwung für Investitionen und Nachfrage. Die Verbesserung der

Angebotsbedingungen, ob Deregulierung des Arbeitsmarktes oder Maßnahmenpakete für Unternehmen, gehen Hand in Hand mit einem kräftigen Wachstumsschub.

Das Bundesland Kärnten kann sich mit seiner Wirtschaftspolitik als Standort im internationalen Wettbewerb durchaus behaupten. Das sollte aber kein Grund sein, daß wir die Hände in den Schoß legen, sondern wir müssen weiter an Verbesserungen arbeiten. Im Mittelpunkt der Wirtschaft muß aber nach wie vor der Mensch als Individuum stehen. Er darf nicht als Produktionsfaktor auf zwei Beinen gesehen werden. Fragt man einen Ökonomen nach einem der wichtigsten Faktoren für die wirtschaftliche Entwicklung, so wird er primär auf die Rolle des Humankapitals verweisen. Hochqualifizierte Arbeitskräfte, die zusätzlich zu ihrer herkömmlichen Tätigkeit bereit sind, ihre Fertigkeiten durch zusätzliche Ausbildungen und eines Training-on-the-job zu verbessern, bilden die Basis für eine wirtschaftliche Entwicklung. Ich glaube, daß wir uns durchaus auch im Lichte des Christentums als Verantwortungsträger dem Wohl der Menschen zu stellen haben und eine gesamtpositive volkswirtschaftliche Entwicklung im Vordergrund und nicht die Verfolgung von Einzelinteressen sehen dürfen. Die Sicherung von Arbeitsplätzen durch die Schaffung hervorragender Rahmenbedingungen für die Unternehmen muß durch die Politik sichergestellt werden.

Der von Kommissionspräsident Santer vorgeschlagene europäische Vertrauenspakt 1996 soll die Mobilisierungsbewegung zur Förderung von Beschäftigung in Europa einleiten. Dieser soll helfen, das Europäische Weißbuch für Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung umzusetzen. Ich meine aber auch, meine Damen und Herren, daß das Signal, das von Amsterdam gestern hier ausgegangen ist, ein ganz wesentlicher Meilenstein auch auf diesem Weg ist. Wenn heute in den Medien steht, es wurde ein Kompromiß erreicht, so meine ich, daß das am Ziel vorbeigeht. Sondern es wurde eine wesentliche Schwerpunktsetzung auch im Rahmen der Diskussionen in Amsterdam für einen neuen EU-Vertrag hiemit eingebracht, und ich halte das auch für gut so. Meine Damen und Herren,

Dr. Zernatto

vielleicht ist uns gerade in Österreich, wo wir uns was die Arbeitsmarktsituation anlangt, gegenüber anderen EU-Staaten vergleichsweise immer noch in einer sehr positiven Situation befinden, auch durch den Marsch nach Amsterdam bewußt geworden, wieviel sich auch an sozialem Sprengmaterial hier angesammelt hat. Es muß uns klar sein, daß ein Mitgehen der Bürger Europas mit weiteren Integrationsschritten, mit den Überlegungen der Osterweiterungen und mit dem großen Ziel der Schaffung einer dauerhaften Friedensordnung für diesen Kontinent nur dann gewährleistet ist, wenn die Bürger diesen Weg auch mitgehen, wenn sie ihn verstehen und wenn sie der Überzeugung sind, daß hier die richtigen Prioritäten gesetzt werden.

Die Beschäftigung ist eine gemeinsame Verantwortung der Mitgliedsstaaten. Grundlage ist die Erarbeitung von gemeinschaftlichen Strategien und Maßnahmen im Sinne des europäischen Gemeinschaftsgeistes. Die Arbeitsmarktpolitik der Mitgliedsstaaten soll durch diesen Vertrauenspakt ergänzt werden und dazu beitragen, daß eine Umstellung von einer passiven zu einer aktiven Arbeitsmarktpolitik erfolgt. Die Ansätze sind die Ausrichtung der makroökonomischen Politik auf die Beschäftigung, die Optimierung des Beitrages der Gemeinschaftspolitik zur Vollbeschäftigung und die Beschleunigung der Reform der Beschäftigungssysteme. Es wird daher notwendig sein, die Rahmenbedingungen für beschäftigungswirksame Investitionen durch gezielte Kooperation und Konvergenz der Volkswirtschaften der Mitgliedsstaaten besser zu gestalten. Die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte sowie aufgrund des demographischen Wandels notwendige Reformschritte stehen dabei nicht im Widerspruch zur Schaffung von Arbeitsplätzen. Strukturpolitische Ansätze sind in der Politik der EU und der EU-Mitgliedsstaaten neben den vorher genannten Maßnahmen und Orientierungen verstärkt herbeizuführen.

Bei der Diskussion und dem Meinungsbildungsprozeß für eine neue EU-Strukturpolitik nach 1999 müssen die vorher genannten Maßnahmen und Positionen im Sinne des internationalen Standortwettbewerbes für eine positive Entwicklung Europas Berücksichtigung finden und mit

Blickpunkt auf eine gesamteuropäische Volkswirtschaft umgesetzt werden. Die EU muß aber verstärkt auch ein Europa der Regionen werden. Die Einflußmöglichkeiten der Regionen sollen durch Institutionalisierung gestärkt werden. Es ist anzustreben, daß die Regionen im Bereich der Strukturpolitik nach 1999 mehr Gestaltungsspielraum erhalten, wobei dieser Gestaltungsspielraum sich auf der Basis europäischer Programme und Vorschläge bewegen soll und eine ökonomische Entwicklung auf die geopolitische und geographische Lage einer Region abgestimmt sein muß.

Im Mittelpunkt dieser Regional- und Strukturpolitik ist das Subsidiaritätsprinzip und somit stärkere Eigenverantwortung der Regionen zu forcieren. Die Position des Bundeslandes Kärnten im Spiel der Europäischen Regionen darf auch für die nächste Programmperiode der EU-Strukturpolitik von 2000 bis 2006 nicht geschwächt werden. Ich meine, daß es in diesem Zusammenhang auch ungeheuer wichtig war und auch erfolgversprechend ist, daß wir uns hier im Lande, gerade was die Vorgaben für die Verhandlungen, was die Strukturpolitik der Nächsten Periode anlangt, an einen Tisch gesetzt haben und eine gemeinsame Position entwickelt haben, die letztlich die einzige Chance darstellt, um im Wettbewerb der österreichischen Bundesländer einerseits, aber auch der vielfältigen Interessen anderer Regionen und Nationen in Europa erfolgreich sein zu können.

Kärnten ist sowohl im Bereich der Strukturförderungen und noch viel stärker im Bereich der Agrarförderungen klarer Nettoempfänger. dem Beitragsanteil von 285,000.000 Schilling standen im Jahr 1995 die Rückflüsse von 1.058,500.000 Schilling gegenüber. Im Jahr 1996 beliefen sich die Beiträge auf 384,000.000 Schilling, die Rückflüsse auf 1.019,700.000 Schilling. Der deutliche Überhang, meine Damen und Herren, der Rückflüsse ist in der optimalen Nutzung der EU-Förderungsmöglichkeiten begründet.

Nun aber, meine Damen und Herren, zu den Eckdaten des Landesvoranschlags für 1998:

Bei der Erstellung des Landesvoranschlags 1998 wurde von der derzeit gültigen Rechtslage ausgegangen und unterstellt, daß durch den

Dr. Zernatto

Konsultationsmechanismus einerseits Belastungsverschiebungen im größeren Ausmaß zumindestens zwischen den Gebietskörperschaften unterbleiben, die mögliche Bundesstaatsreform zu keinen negativen finanziellen Auswirkungen für die Bundesländer führt und auch keine über das Strukturanpassungsgesetz 1996 hinausgehenden Maßnahmen gesetzt werden. Weiters wird angenommen, daß der Finanzausgleich, wie vorgesehen, bis zum Jahr 2000 unverändert bleibt und daß die vereinbarte Einbeziehung der Körperschaftssteuer in die gemeinschaftlichen Bundesabgaben und die Vereinheitlichung der Aufteilungsschlüssel für die einkommensabhängigen Steuern, wie ab 1998 geplant, aufkommensneutral erfolgt und die Ertragsanteile des Landes Kärnten in ihrer Entwicklung dadurch nicht beeinflußt werden, sowie eine umfassende Steuerreform, wie angekündigt, erst frühestens im Jahr 2000 umgesetzt werden wird. Das sind jene Rahmenbedingungen, von denen ich am Anfang gesprochen habe.

Die Eckdaten des zur Beratung und zur Beschlußfassung vorliegenden Entwurfes des Landesvoranschlages 1998 stellen sich wie folgt dar: Der Voranschlag weist im Haushalt Gesamteinnahmen und Gesamtausgaben in der Höhe von 24.511,744.000 Schilling aus. Die Höhe des Abganges ist mit einer Summe von 2.319,415.000 Schilling ausgewiesen. Der voraussichtliche Gesamtschuldenstand des Landes Kärnten wird zum Ende des Jahres 1998 daher 13.690,255.000 Schilling betragen. Dieser Wert entspricht 9,67 % des Brutto-Inlandsproduktes. Die Netto-Neuverschuldung wird für das Jahr 1998 mit 973,551.000 Schilling angegeben.

Die Netto-Neuverschuldung 1998 hat sich somit gegenüber dem Voranschlag 1997 um rund 10,000.000 Schilling bzw. 1,02 % verringert, das heißt, daß der Wert von einer Milliarde Schilling weiterhin unterschritten bleibt. Die Prokopfverschuldung beträgt mit Ende des Jahres 1998 somit 24.991,43 Schilling.

Der "Maastricht-Saldo" und somit die Darstellung des öffentlichen Defizits nach Maastricht erfordert eine Adaptierung der in der österreichischen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung erfaßten Darstellung und ergibt für den Landesvoranschlag 1998 - ich habe in einer Passage

vorhin bereits darauf hingewiesen - einen Überschuß von 506 Millionen Schilling.

Gemeinsam mit dem Landesvoranschlag 1998 werden dem Landtag der Bericht und Antrag der Landesregierung zum Entwurf eines Beschlusses, mit dem der Landesregierung Vollmachten und Zustimmungen zum Landesvoranschlag 1998 erteilt werden und ein Budgetprogramm und eine mittelfristige Vorschau über die voraussichtliche finanzielle Entwicklung für die Jahre 2000 und 2001 auf Grundlage des vom Kollegium der Kärntner Landesregierung zur Kenntnis genommenen Landesvoranschlagsentwurfes 1999, der - sofern sich im Laufe des Jahres 1998 keine wesentlichen Veränderungen der wirtschaftlichen oder budgetpolitischen Rahmenbedingungen ergeben - im Frühjahr 1998 für die geplante Beschlußfassung des Landesvoranschlages 1999 herangezogen werden soll. Dieser weist in seiner derzeitigen Form eine Netto-Neuverschuldung von 984,433.000 Schilling und einen "Maastricht-Saldo" mit einem Überschuß von 655,000.000 Schilling auf.

Nun zu einzelnen wesentlichen Kapiteln in diesem Landesvoranschlag; zuerst der Bereich Land- und Forstwirtschaft, der ja aus verschiedenen Gründen unsere besondere Aufmerksamkeit verdient.

Die Land- und Forstwirte in Kärnten haben eine immense Verantwortung für das ökologische Gleichgewicht, die Versorgung der Bevölkerung, aber auch - und das immer wieder in Anbetracht der touristischen Möglichkeiten in unserem Lande - die Erhaltung unseres Landschaftsbildes.

Die Landwirtschaft galt als kritischer Bereich der Integration in der Europäischen Union. Die Probleme resultierten aufgrund der unzureichenden Vorbereitung auf den EU-Binnenmarkt, natur- und strukturbedingter Besonderheiten der österreichischen Landwirtschaft und den Unterschieden in den Agrarkonzepten. Nach Abschluß der Beitrittsverhandlungen und noch vor dem Referendum wurden die Weichen für die heimische Landwirtschaft durch das sogenannte "Europa-Abkommen" gestellt, welches eine Vielzahl begleitender Maßnahmen für den Übergang der Landwirtschaft in den EU-Binnenmarkt sicherstellt. Mit dem Eintritt in diesen neuen

Dr. Zernatto

Markt hat Österreich die gemeinsame Agrarpolitik übernommen. Die heimische Landwirtschaft stand damit vor einem grundlegenden Wandel des Agrarsystems und der Wettbewerbsverhältnisse, wobei aber ein Spielraum für nationale Förderungen erhalten geblieben ist.

Die Stabilisierung der Märkte und die Sicherung des höheren inländischen Preisniveaus konnten bis zum Beitritt weitgehend garantiert werden. Der Übergang in den EU-Binnenmarkt wurde ohne größere Marktstörungen bewältigt, denn durch Beihilfen für die Lagerabwertung und diverse Ausgleichsmaßnahmen stabilisierten sich die Märkte bis zum Beitritt und sicherten die Agrareinkommen.

Das mit dem EU-Beitritt gestartete neue österreichische Umweltprogramm, besser bekannt als ÖPUL, kann angesichts seines Umfanges von 78 % der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche als Quantensprung in der ökologischen Ausrichtung der Landwirtschaft bezeichnet werden.

Die Mittel für die Agrarförderung wurden in den Bundesländern wesentlich aufgestockt und die Länder verstärkt in die finanzielle Verantwortung eingebunden. Die benachteiligten Gebiete wurden neu abgegrenzt, das Förderungskonzept den EU-Bestimmungen angepaßt und die Regionalförderung intensiviert. So sind im ersten Arbeitsprogramm für das Jahr 1997 der Ziel 5b-Förderstelle 434 Projekte mit Gesamtkosten von 253,612.000 Schilling enthalten, welche mit einem Förderungsbetrag von insgesamt 115,970.000 Schilling unterstützt werden.

Für die Land- und Forstwirtschaft stehen daher für 1998 750,049.000 Schilling zur Verfügung, um die Zukunft der Agrar- und Forstwirte in Kärnten abzusichern und die Besonderheit der Kärntner Landschaft und der agrarischen und forstwirtschaftlichen Produkte auch in Zukunft zu garantieren. Meine Damen und Herren, mit der Erhaltung des Bauernstandes sichern wir auch den Erhalt des ländlichen Raumes. *(Beifall von der ÖVP-Fraktion)*

Nächster Punkt: Wirtschaftspolitik.

Die Wirtschaft in Europa befindet sich in einem Prozeß der Anpassung an drei große strukturelle Herausforderungen:

als erste die Globalisierung, die den weltweiten Wettbewerbsdruck auf unsere Wirtschaft verstärkt hat. Die heimischen Unternehmen sind heute mit einer Vielzahl von Mitbewerbern konfrontiert; auch in Branchen, die früher ausschließlich den hochindustrialisierten Staaten vorhanden waren. Viele hochspezialisierte und hochtechnisierte Produkte für den Weltmarkt kommen aus fernost - aber nicht nur aus Japan, sondern vor allem verstärkt aus den Tigerstaaten Südostasiens. Ein geringeres Lohnniveau und niedrigere Umweltauflagen verursachen Kosten und Preise, denen die europäische Wirtschaft nicht gewachsen ist. Die Globalisierung bietet aber auch den Zugang zu neuen Märkten und stellt somit eine Herausforderung für moderne und dynamische Unternehmen.

Als zweite: die Öffnung des Ostens. Sie bringt für viele Staaten Europas zusätzliche Märkte und wirtschaftliche Möglichkeiten; verstärkt aber den Wettbewerbsdruck auf die heimische Wirtschaft durch die sich in diesen Staaten festigende Wirtschaftsstruktur mit ebenfalls geringeren Lohnkosten und Umweltauflagen, die teilweise noch weit unter dem westeuropäischen Standard liegen.

Als dritte stellt die europäische Integration mit dem EU-Binnenmarkt und der dritten Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion mit einer einheitlichen europäischen Währung die Staaten Westeuropas vor das Problem der Budgetkonsolidierung zur Erfüllung der sogenannten "Maastricht-Kriterien" und verursachen Budgetkürzungen, eine Rücknahme der Ausgaben der öffentlichen Hand und wirken somit dämpfend auf die konjunkturelle Situation.

Um im internationalen Standortwettbewerb die Position zu verbessern und auszubauen, benötigt die EU mit ihren 15 Mitgliedsstaaten eine konzeptive und dynamische wirtschaftspolitische Entwicklung.

Das Anforderungsprofil für einen zukunftsweisenden Wirtschaftsstandort und somit die fundamentalen Grundlagen und Herausforderungen für nationale Wirtschaft sind gute Ausbildungsmöglichkeiten in Kooperation mit der Wirtschaft, eine Dienstleistungsgesinnung der öffentlichen Verwaltung, unbürokratische Betriebsansiedlungspolitik und exportorientierte Unterneh-

Dr. Zernatto

mungen sowie großes Engagement im Bereich von Forschung und Entwicklung. Die Wirtschaft muß sich quasi zum global business bekennen und durch Vernetzung gemeinsam auftreten. Dies bezieht sich auch auf verstärkte Zusammenarbeit zwischen Universitäten und Fachhochschulen auf der einen Seite und der Wirtschaft auf der anderen Seite.

Für die nationale Wirtschaftspolitik endet grundsätzlich der Gestaltungsspielraum des Wirtschaftsprozesses an den Grenzen des Währungsraumes. Jenseits dieser Grenzen, meine Damen und Herren, bedarf es zur Intensivierung der internationalen Kooperation auf den bedeutendsten Bereichen der Wirtschaftspolitik klarer Konzeptionen und Programme. Diese sind die Basis, um makroökonomische Rahmenbedingungen, Grundlagen und Spielregeln für alle Wirtschaftsteilnehmer sicherzustellen. Die Rahmenbedingungen müssen aber für alle Unternehmen im internationalen Wettbewerb die gleichen sein.

Die Einflußmöglichkeit der nationalen Regierungen im Bereich der Wirtschaftspolitik wird geringer. Es besteht allerdings eine große Chance durch eine gesamteuropäische Konzeption und durch Widmungsmaßnahmen im Bereich des Marktzuganges, der Wettbewerbsfähigkeit und der Arbeitsmarktpolitik. Eine gesamteuropäische Währung ist ein erster Schritt in eine verstärkte gesamteuropäische Wirtschaftskonzeption, unter Berücksichtigung der Strukturunterschiede in den einzelnen Regionen und eines verstärkten konzeptiven Ausgleiches.

Regionale wirtschaftspolitische Maßnahmen sind aber auch weiterhin zielführend. Daher bleibt der Kärntner Wirtschaftsförderungsfonds ein wichtiges Instrument. Er hat 1996 einen Schwerpunkt im Bereich von Forschung und Entwicklung gesetzt, der sehr erfolgreiche Auswirkungen gezeigt hat. So wurden 1996 um 67 % mehr Projekte gefördert als noch 1992. Die für Forschung und Entwicklung für Kärnten lukrierten Fördermittel haben sich in diesem Zeitraum um 156 % erhöht und den Anteil Kärntens im Bundesländervergleich von 5,6 % auf 11,8 % erhöht. Kärnten liegt bei der Vergabe von Forschungs- und Entwicklungsfördermitteln

durch den Forschungs-Förderungsfonds somit bereits an vierter Stelle aller Bundesländer.

Die gesamte Investitionstätigkeit war 1996 trotz branchenspezifischer Abweichungen gesamtgelesen positiv und primär auf Maßnahmen zur Kosteneindämmung und Nutzung neuer Technologien ausgerichtet. Im Jahr 1996 hat der Kärntner Wirtschaftsförderungsfonds 853 Förderfälle mit einem Förderungsvolumen von rund 250 Millionen Schilling genehmigt. Diese zukunftsweisenden Projekte umfassen ein Gesamtinvestitionsvolumen von 3.273.000.000 Schilling und wurden durch Bundesförderstellen mit einem Betrag von S 1.358.000.000 Schilling unterstützt. Die durch den Kärntner Wirtschaftsförderungsfonds unterstützten 853 Unternehmen haben 1996 insgesamt 12.980 Arbeitnehmer beschäftigt, die durch die Förderpolitik auch abgesichert werden konnten.

Mit Umsetzung der geförderten Projekte ist die Beschäftigung von 13.800 Arbeitnehmern geplant, sodaß davon ausgegangen werden kann, daß durch die Maßnahmen der regionalen Wirtschaftsförderung verstärkt durch nationale Möglichkeiten rund 820 Arbeitsplätze geschaffen werden können. *(Beifall von der ÖVP-Fraktion.)*

Ende Februar 1997 wurde eine neue Finanzierungsvereinbarung zwischen dem Kärntner Wirtschaftsförderungsfonds und dem Land Kärnten vereinbart. Diese sieht vor, daß für Wirtschaftsförderung in Kärnten bis zum Jahr 1999 jährlich S 390.000.000,- zur Verfügung stehen, wobei eine Verbesserung der Wirtschaftsstruktur und eine Absicherung des Wirtschaftsstandortes im Mittelpunkt der Förderpolitik anzustreben sind.

Die durch das Land Kärnten initiierten Projektvorhaben, welche auf Förderungsmaßnahmen basieren, ergeben durch den Beitrag der öffentlichen Hand von S 4.770.500.000,- ein Gesamtinvestitionsvolumen von S 12.579.200.000,-. Unter Heranziehung des sogenannten Beschäftigungsmultiplikators kann angenommen werden, daß die vom Land initiierten Maßnahmen, ohne die des Kärntner Wirtschaftsförderungsfonds, durchschnittlich rund 22.600 Arbeitsplätze gesichert haben.

Die Entwicklung des Technologieparks in Klagenfurt, des Gründerzentrums in Völkermarkt

Dr. Zernatto

und des Innovationszentrums in Arnoldstein, welches im Herbst 1997 fertiggestellt sein wird, zeigt einen Anstieg bei der Anzahl der Unternehmen von 47 auf 53 und eine Erhöhung des Mitarbeiterstandes von 229 auf 263 innerhalb des letzten Jahres. Eine offensivere Geschäftspolitik, sowie das professionelle Management sind ein Garant für eine erfolgreiche Entwicklung bei den Industrie-, Gründer-, Technologie- und Innovationsparks mit ihren Flächen für Betriebserweiterungen, Neuansiedlungen und Neugründungen.

Für die Bearbeitung von potentiellen Ansiedlungen wurden innerhalb des Technologielandes Schwerpunkte definiert, die eine effiziente Bearbeitung garantieren. Die Schwerpunkte sind Energie- und Umwelttechnik, Elektrotechnik und Elektronik, Informatik und Telematik, Baustoffentwicklung und Baustofftechnik, sowie Holzverarbeitung und Holzbearbeitung. Ein Punkt auf den Kollege Ausserwinkler - nebenbei bemerkt - auch im Rahmen des Berufsschulkonzeptes bereits hingewiesen hat, daß diese Kompetenzzentren selbstverständlich nicht nur singular im Ausbildungsbereich sondern auch in allen sinnvoll mit der Wirtschaft vernetzten Projekten ihren Niederschlag finden.

Ein Maßnahmenpaket zur Positionierung Kärntens als Gründerland wurde unter Einbindung von Experten erarbeitet. Ein Gründerzentrum mit einem sogenannten Gründungsbeauftragten wird als Anlaufstelle für zukünftige Unternehmer gemeinsam mit der Wirtschaftskammer Kärnten eingerichtet. Es wird dadurch zu einer Vereinfachung und einer kompetenten Betreuung kommen. Entsprechende Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit, sowie Finanzierungsinstrumentarien, welche über die bestehenden Förderungsinstitutionen abgewickelt werden, werden das Paket für ein gründerfreundliches Kärnten abrunden und vervollständigen.

Darüber hinaus wurde am Anfang des Jahres 1997 die Kärntner Holding Beteiligungs-AG gegründet. Die Gesellschaft beteiligt sich an mittelgroßen Unternehmen, das heißt, Unternehmen mit einem Umsatz ab S 200.000.000,- und mit mindestens 100 Beschäftigten. Die Kärntner Holding Beteiligungs-AG sieht als Ziel der Beteiligungen

das Erreichen einer hohen Rendite des Eigenkapitals mit gleichzeitiger Sicherheit durch Risikostreuung und einen Beitrag zur Strukturverbesserung der Kärntner Wirtschaft durch Beteiligung an Wachstumsunternehmen. Die Auswahl der Beteiligungen erfolgt nach Vorentscheidung durch die Hypo Kärnten, nach Analyse durch den Vorstand der Gesellschaft, Dr. Taferner, und nach Prüfung durch unabhängige Wirtschaftsprüfer.

Die Beteiligungskonditionen sollen so gestaltet sein, daß die Kontrolle auch tatsächlich wirksam ausgeübt werden kann. Im Jahr 2000 ist an eine Expansion der Gesellschaft mit Börseneinführung gedacht. In der Folge sollen auch Börseneinführungen von Tochterunternehmen überlegt und geprüft werden. Die Kärntner Holding Beteiligungs-AG soll keine Beteiligungen mit Fördercharakter eingehen, kein Venture-capital zur Verfügung stellen und keine Sanierungen finanzieren.

Wirtschaftspolitik singular betrachtet macht aber keinen Sinn sondern sie ist nur als wesentliche Voraussetzung für den zweiten von mir in der Einleitungsphase bereits sehr ausführlich besprochenen Bereich zu sehen, nämlich die Arbeitsmarktpolitik und damit die Sicherung der Einkommen breiter Kreise unserer Bevölkerung. Daher ist auch die Arbeitsmarktpolitik ein ganz wesentlicher Punkt in diesem Zusammenhang.

In den meisten westeuropäischen Ländern ist die Arbeitslosigkeit ein dauerhaftes Problem und somit - und man muß das einmal offen sagen - auch zur größten Zielverfehlung der Wirtschaftspolitik geworden. So waren 1996 in der EU rund 18 Millionen Menschen als arbeitslos ausgewiesen. Die Arbeitslosenzahlen waren während der letzten Rezession 1993 weiter angestiegen und der moderate Aufschwung der Folgejahre hat in nahezu allen Ländern keine bedeutende Entlastung gebracht. In Europa gelingt es offensichtlich nicht, nach Abschwungphasen eine Verfestigung der Arbeitslosigkeit zu verhindern, ein Problem, welches bereits in den 70er und 80er Jahren beobachtet werden konnte. Derzeit ist die Arbeitslosenquote in der EU mit rund 11 Prozent weiterhin sehr hoch. Da es keine wesentliche Tendenz zu einer Situations-

Dr. Zernatto

verbesserung gibt, wird der Ansatz nach Lösungen immer dringender.

Die konjunkturelle Bewegung allein, kann keine Lösung des Problems Arbeitslosigkeit mehr herbeiführen. Durch die hohen Arbeitslosenzahlen in Westeuropa wird aber auch deutlich, daß die Modelle der europäischen Arbeitsmärkte einer Reform unterzogen werden müssen. Eine wesentliche Verringerung der Arbeitslosenzahl wird nur erreichbar sein, wenn in den einzelnen Ländern durch die Wirtschafts- und Lohnpolitik angemessene Bedingungen gesetzt werden. Mehr Flexibilisierung, mehr Mobilität und eine unkomplizierter Zugang zum Unternehmertum sind vordringliche Punkte für ein modernes Wirtschaftssystem.

Die Situation am Arbeitsmarkt in Kärnten hebt sich von jener der westeuropäischen nicht besonders ab und kann für das Jahr 1996 mit negativen Rekordwerten durchaus als trist bezeichnet werden. Die jüngste Arbeitsmarktentwicklung seit dem Jahresbeginn 1997 zeigt jedoch eine gewisse positive Situation. Die Beschäftigtenzahlen in Kärnten nehmen im heurigen Frühjahr wieder leicht zu und die Arbeitslosigkeit liegt leicht unter dem Vorjahresniveau.

Investitionsmaßnahmen sind ein Garant für Beschäftigung und so konnten durch den Kärntner Wirtschaftsförderungsfonds, wie bereits erwähnt, durch Förderungsprogramme 12.980 Arbeitsplätze gesichert und 820 neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

Das Modell der Arbeitsstiftungen, meine Damen und Herren, ist auch eine jener notwendigen Maßnahmen, um auf diese Problematik zu reagieren. Sie ist eine sehr positive Maßnahme der Arbeitsmarktpolitik, kann aber nur in Übereinstimmung mit dem Bedarf des Arbeitsmarktes an branchenspezifischen Fachkräften erfolgreich eingesetzt werden. Für Arbeitsstiftungen wurden 1996 in Kärnten S 8.520.000,-- für die Betreuung von 276 Stiftungsteilnehmer aufgewendet, wobei das Land Kärnten S 3.402.019,-- als Finanzierungsanteil geleistet hat. Im Vergleich zu 1995 konnte die Betreuungsleistung der Arbeitsstiftungen um 48 Prozent erhöht werden, wobei die Kosten für die Betreuung nur um 1,4

Prozent angestiegen sind. Durch das Arbeitsmarktservice Kärnten wurden zusätzlich das Arbeitslosengeld beziehungsweise die Notstandshilfe in der Höhe von S 18.200.000,-- für die Stiftungsteilnehmer finanziert. In den Arbeitsstiftungen wurden in Kärnten von 1993 bis 1996 bisher 426 Personen mit einem Gesamtaufwand von S 26.100.000,-- betreut. Die Reintegrationsquote weist mit 82 Prozent einen absoluten Spitzenwert auf. Derzeit stehen in Kärnten die Metallstiftung, die Speditionsstiftung, die AUFLEB-Stiftung, die BIG-Stiftung, die Handelsstiftungen und die Metallstiftung Kärnten sowie die Kärntner Frauenstiftung für den beruflichen Wiedereinstieg als Unterstützungsmaßnahme zur Verfügung. Meine Damen und Herren, wenn wir uns auch darüber im klaren sind, daß Arbeitsstiftungen kein Allheilmittel darstellen, meine ich, daß es eine ganz wichtige und wesentliche Ergänzung in jenen Bereichen darstellt, wo vor allem auch ungeheuer viel persönliches Engagement und Bereitschaft von unverdient aus dem Arbeitsprozeß gerateten Bürgern unseres Landes gegeben ist.

Die Kärntner Arbeitnehmerförderung sieht als Aufgabenstellung die Teilnahme der in Kärnten wohnhaften Arbeitnehmer an der fortschrittlichen Entwicklung der gesamtösterreichischen Volkswirtschaft und setzt für diverse Instrumentarien S 120.000.000,-- für das Jahr 1998 ein. Das Ziel ist, entstehende Nachteile auszugleichen und eine Erhöhung der Mobilität der Arbeitnehmer in beruflicher und geographischer Hinsicht zu erreichen. Das Land Kärnten unterstützt auch Einrichtungen und Maßnahmen, durch welche Nachteile und Belastungen der Arbeitnehmer aufgrund der Arbeitsmarktstruktur ausgeglichen oder vermieden werden sollen.

Aufgrund der steigenden Jugendarbeitslosigkeit - und das war von mir heute schon sehr ausführlich in einer Anfragebeantwortung behandelt - und der prekären Situation des Lehrstellenmarktes in diversen Berufssparten wurde 1998 eine Zweckbindung von S 30.000.000,-- für die Förderung von Jugendbeschäftigungsmaßnahmen festgesetzt. Ich erspare mir den Part der hier folgt, weil er de facto dem entspricht, was ich ohnehin in der Anfragebeantwortung sehr ausführlich zum Ausdruck gebracht habe. Ich lasse

Dr. Zernatto

aber sicherstellen, daß Sie selbstverständlich ein Exemplar dieser Rede zu Ihrem persönlichen Gebrauch übergeben bekommen, sodaß das dann durchaus nachgelesen werden kann.

Ich darf jetzt zu einem ganz wesentlichen Bereich kommen, der uns heute auch zumindest am Rande bereits beschäftigt hat, nämlich die Frage des Personalbereiches und der Verwaltungsreform. Beides Bereiche, die einerseits sicherstellen sollen - das, was ich oben gemeint habe - serviceorientierte, kundenorientierte Verwaltung, andererseits aber auch durch eine entsprechende Verbesserung der Effizienz, Kosten zu sparen und damit Aufwendungen auf der Ausgabenseite einzuschränken.

Die einzelnen Regionen Europas und damit natürlich auch Kärnten werden heute von der Wirtschaft an ihren Standortvorteilen gemessen. Es ist daher notwendig, jeden wie immer gearteten Standortvorteil im Ansatz zu erkennen und auszubauen. Die öffentliche Verwaltung und ihre Struktur und Handlungsweise stellen einen wesentlichen Standortfaktor dar.

Die öffentliche Verwaltung gilt in der heutigen Zeit als Dienstleistungsunternehmen, und als Basis für ein solches gelten eine schlanke Organisationsstruktur, eine fundierte Aufgabenbereinigung, dienstleistungsorientierte Bürgernähe und eine kurze und effiziente Abwicklung von Genehmigungsverfahren. Und wir sollten uns hier keinen Illusionen hingeben, meine Damen und Herren, wir sind bis vor kurzem davon ausgegangen, daß öffentliche Verwaltungen als sogenannte "Non-profit-Organisationen" letztlich nicht im Wettbewerb stehen und es eher politische Entscheidungen sind, ob man diesem Bereich eine höhere oder geringere Bedeutung beimißt. Mittlerweile, meine Damen und Herren, und ich wollte mit dem Bezug zum Standortvorteil oder -nachteil darauf hinweisen, ist die öffentliche Verwaltung meßbar geworden, ist sie vergleichbar geworden und steht somit im Wettbewerb zu öffentlichen Verwaltungen an anderen Wirtschaftsstandorten in Europa.

Verwaltungsmodernisierung bedeutet aber nicht nur die Herstellung steuerbarer und anpassungsfähiger Organisationseinheiten, sondern ist ein wesentlicher Bestandteil auch der Budgetkonsolidierung. Das Kollegium der Kärntner Landes-

regierung hat im Jänner 1995 beschlossen, die Zahl der Verwaltungsbediensteten innerhalb eines fünfjährigen Fahrplanes um 10 Prozent zu verringern, um die Personalkosten dadurch merklich zu reduzieren. In den Jahren 1996, 1997 und 1998 werden insgesamt 224,25 Planstellen eingespart, dies sind 5,57 Prozent der angestrebten Größenordnung. Aufgrund der Refundierung von Personalkosten durch die Landesfeuerweherschule, den Kärntner Wirtschaftsförderungsfonds und des Landesarchives kann von der budgetären Seite mitgeteilt werden, daß nach dieser Berechnung die Einsparungsquote innerhalb des fünfjährigen Fahrplanes in den ersten drei Jahren sogar um 24,25 Planstellen übertroffen wurde.

Die Anmeldungen der Personaldotierungen für 1998 ist nach Berücksichtigung einer Valorisierungsrates von 2,5 Prozent auf Basis des Rechnungsergebnisses 1996 und des Ist-Standes per 31.3.1997, sowie des Stellenplanes 1998 hochgerechnet.

Für Besserstellungen und Vorrückungen wurde im Sinne des Dienstrechtsgesetzes Vorsorge getroffen.

Auf den Personalbereich einschließlich der Landeslehrer und des allgemeinen Personalaufwandes der Bediensteten der Kärntner Landeskrankenanstalten entfallen im Kärntner Landeshaushalt für das Jahr 1998 8.579,488.000 S, das sind 35 % des gesamten Budgetvolumens für insgesamt 16.053,75 Dienstposten. Gegenüber 1997 sehen die Stellenpläne 1998 im Aktivbereich insgesamt eine Reduktion von 94,75 Planstellen vor. Der Personalbereich ohne Landeslehrer und Landeskrankenanstalten weist ein Einsparungspotential von 30,75 Dienstposten für 1998 gegenüber 1997 auf, was eine Reduktion der Personalkosten des Landes von 13,784.000 S bedeutet.

Im Rahmen der Verwaltungsreform und der Hinterfragung der Aufgabenbereiche der öffentlichen Hand erfolgte die Ausgliederung des Landesarchives aus der Landesverwaltung, um eine Führung nach privatwirtschaftlichen Gesichtspunkten sicherzustellen. Mit der Ausgliederung kann vor allem die finanzielle Basis des Landesarchivs verbessert werden. Es besteht dann die Möglichkeit von Kofinanzierungen durch die

Dr. Zernatto

Europäische Union und des Sponsorings durch die Wirtschaft. Die Verselbständigung des Landesarchivs soll zu flexibleren Entscheidungsprozessen und verkürzten Aktenläufen führen.

Aufgrund eines Beschlusses des Kollegiums der Kärntner Landesregierung und der geleisteten budgetären und organisatorischen Vorbereitungen ist die Bezirkshauptmannschaft Villach seit Anfang 1997 in den Budget-Center-Pilotversuch integriert. Abhängig von den weiteren Ergebnissen des laufenden Pilotversuches werden auch andere Bezirkshauptmannschaften sukzessive nachfolgen. Das war ein Schritt, der mir besonders wesentlich erschienen ist, daß wir zuerst an einer eher kleinen sehr überschaubaren Organisationseinheit wie der BH Hermagor mit diesem Pilotversuch begonnen haben, von dort hervorragende Rückmeldungen und Erfahrungen bekommen haben und jetzt uns durchaus auch darübergetraut haben, in einer großen Bezirkshauptmannschaft, wie sie Villach ist, diesen Pilotversuch fortzusetzen, um ohne Reibungsverluste und ohne, daß man quasi in einem Großversuch auch Nachteile bewußt in Kauf nimmt, Schritt für Schritt diesen Weg fortzusetzen, der meiner Meinung nach unabdingbar notwendig ist. Nach intensiver Vorarbeit wird in den Bezirkshauptmannschaften die sogenannte Bereichsleiterregelung, basierend auf einer gesetzlichen Grundlage, als künftige Organisationsform mit fünf bis maximal zehn Bereichen umgesetzt. Das Ziel ist eine Strukturbereinigung und Verschlanung der Aufbauorganisation bei den Kärntner Bezirkshauptmannschaften. Der Dienst am Bürger mit einer übersichtlichen Organisationsstruktur steht dabei im Mittelpunkt.

Für den Kärntner Landesdienst wird ein Leitbild erarbeitet. Die Zielsetzungen dieses Projektes sind die Erhöhung der Identifikation der Mitarbeiter mit dem Landesdienst und die positive Positionierung der Begriffe "Bürger" und "Dienstleistungsorientierung". Für den Bereich der Telekommunikation und Informationsgesellschaft wurde, um die vorhandenen Einrichtungen und Vernetzungen gezielter einsetzen und abstimmen zu können, in der Landesamtsdirektion eine Koordinationsstelle eingerichtet, die neben der amtsinternen Koordination auch die Initiativen auf Landesebene abstimmt. Ein diesbezügliches mittelfristiges Konzept für das Land

Kärnten wurde mit externer Unterstützung erstellt und wird auch in das Entwicklungsleitbild Kärnten eingebunden. Das Land Kärnten - einige der Kolleginnen und Kollegen waren dabei - präsentiert sich seit kurzem auch mit einer eigenen Internet-Homepage. Schwerpunkt dieser Präsentation ist das Bürgerservice mit einer elektronischen Variante des Behördenführers und die regelmäßige Einspeisung aktueller Informationen.

Im Rahmen der Personaleinsparung sollen aber auch im Bereich des Gebäudewesens und der Sachmittelbewirtschaftung mögliche Rationalisierungsmaßnahmen erkundet und vorhandene Leistungsreserven ausgeschöpft werden. Dazu wurde das Projekt "umfassendes Immobilienmanagement bzw. Gebäudemanagement" initiiert und es ist unter Einbindung externer Berater zur Zeit im Gange. Der Rechnungshof beurteilte die insbesondere in der laufenden Legislaturperiode abgewickelten Vorhaben der Verwaltungsreform als positiv. Dies ist ein Beweis, daß sich das Land Kärnten auf dem richtigen Weg befindet und die Verwaltungsreform mit allem Nachdruck und im Hinblick auf weitere notwendige Maßnahmen und Sparziele fortsetzen wird.

Meine Damen und Herren, wir haben vorher von Standortvorteilen gesprochen. Eine ganz wesentliche Frage in dem Zusammenhang ist die Qualifikation der Mitarbeiter. Auch auf das wurde bereits hingewiesen. Daher kommt der Frage der Bildungs- und Forschungseinrichtungen eine besondere Bedeutung zu. Fachhochschulstudiengänge nehmen nicht nur innerhalb der Bildungspolitik des Landes einen hohen Stellenwert ein, sie leisten auch einen ganz wichtigen Beitrag zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes Kärnten. Da der Bund nunmehr einer einzigen Trägerorganisation zustimmt, wird das Kärntner Fachhochschulwesen neu strukturiert. Künftig werden alle Kärntner Fachhochschulstudiengänge unter dem Dach des "Technikum Kärnten" geführt. Als Rechtsform der Trägerorganisation wird eine Stiftung gemäß dem Privatstiftungsgesetz gewählt werden. Ab Herbst werden in Kärnten Telematik-Netzwerktechnik in Klagenfurt, Elektronik als Vollzeitstudium und Studiengang für Berufstätige in Villach, Bauingenieurwesen und Projektmanage-

Dr. Zernatto

ment in Spittal an der Drau und kommunales Management in Spittal an der Drau angeboten. Erfreulicherweise kann ich heute auch offiziell mitteilen, daß am vergangenen Freitag endgültig die Genehmigung all dieser Fachhochschulstudiengänge erfolgt ist, so daß das doch sehr mühselige Diskutieren über Zuständigkeiten und Zuordnungen, verknüpft mit einer gewissen Sorge, daß aufgrund der Budgetnöte des Bundes allenfalls nur Teilgenehmigungen kommen, endgültig als der Vergangenheit zugehörig betrachtet wird und wir uns voll und ganz auf den Ausbau dieser Möglichkeiten stürzen können. *(Beifall von der ÖVP-Fraktion.)* Aufgrund der neu genehmigten Studiengänge in Klagenfurt und Spittal an der Drau beträgt die Zahl der Studienanfänger jährlich nunmehr 198. Wir sind somit unserem Ziel, der Anerkennung einer Fachhochschule in Kärnten schon sehr nahegekommen. Die gemeinsame Trägerschaft gewährleistet auch eine Kooperation aller drei Standorte. Von einer einheitlichen schlanken Verwaltung über den gemeinsamen Einsatz von Lehrkräften bis zur optimalen Nutzung der Labors wird es zahlreiche Synergieeffekte geben.

Im Frühjahr des Jahres 1997 wurde in Spittal an der Drau mit dem Ausbau des sogenannten "Spittel" begonnen, das ab September 1998 für Fachhochschullehrgänge zur Verfügung steht. Da es sich hier um eines der bedeutendsten Renaissancebauwerke des Landes handelt, wird gleichzeitig auch ein Beitrag zur Erhaltung wertvoller Bausubstanz geleistet. Der neu beginnende Klagenfurter Fachhochschulstudiengang wird im Technologiepark untergebracht werden, die nun auf Villach konzentrierten Studiengänge Elektronik haben ihren Standort in der Richard-Wagner-Schule, wo auch das "Carinthian Tech Research-Institut" derzeit seinen Sitz hat. Schon diese Standortwahl zeigt die Chancen auf, die sich aus einer Verflechtung von Fachhochschulstudiengängen einerseits und anwendungsbezogener Forschung und Entwicklung andererseits ergeben. Auch durch die Einbeziehung der Universität Klagenfurt könnte hier ein Netzwerk für die technologische Weiterentwicklung kontinuierlich ausgebaut werden.

Eines der Flaggschiffe - ich habe bereits darauf hingewiesen - für Forschung und Entwicklung

wird das Carinthian Tech Research-Institut sein, das Ende 1996 gemeinsam mit dem Wissenschaftsministerium, der Industriellenvereinigung und der Stadt Villach ins Leben gerufen wurde. Das CTR erbringt Forschungs- und Entwicklungsdienstleistungen für industrielle Auftraggeber auf dem Fachgebiet der intelligenten Sensor-Aktor-Systeme unter Einsatz von innovativen Kommunikationstechnologien. Die Wertschöpfung der Forschungs- und Entwicklungsleistungen liegt aber vor allem in der anwendungsorientierten Systemlösung. Ein Vertrag mit einem hochkarätigen Forschungspartner aus Deutschland steht vor dem Abschluß. Dieser verfügt über international anerkanntes Wissen und Erfahrung im Bereich der industrienahen angewandten Forschung. Es gibt schon ein grundsätzliches Einverständnis für eine Beteiligung an der operativen CTR GmbH mit 10 % Gesellschafteranteil. Es kann mit einer Abordnung von erfahrener wissenschaftlichem Personal ab Mitte 1997 nach Villach gerechnet werden. Damit wird ein seriöser Start der CTR-Aktivitäten mit anspruchsvollen Industrieprojekten möglich sein. Die angestrebten Anwendungsbereiche der CTR GmbH erstrecken sich von der Industriellen Automation, Gebäude- und Haushaltsautomation, Automobiltechnik, Verkehrstechnik, bis hin zur Umwelt- und Energietechnik. Damit wird bei den Forschungsaktivitäten kaum ein Anwendungsbereich ausgeschlossen. Schon jetzt liegen konkrete Auftragszusagen von Firmen vor.

Meine Damen und Herren, das war ein bißchen zur Hardware, die diesem Budget zugrunde liegt. Wir sind uns aber darüber im klaren, daß gerade, was Standortvorteile anlangt, die Hardware allein nicht ausreichend ist, sondern daß sie durch die entsprechende Software, durch Visionen und Vorstellungen über die künftige Gestaltung Kärntens unterfüttert werden muß. Es hat daher unter der Führung des gesamten Kollegiums der Kärntner Landesregierung, um die Position Kärntens im internationalen Standortwettbewerb zu verbessern und die schwierige Entwicklung der Kärntner Wirtschaft positiv zu beeinflussen, eine Einrichtung gegeben, den sogenannten Ossiacher Kreis, der neben Repräsentanten aus der Politik auch Repräsentanten der Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur, Kirche

Dr. Zernatto

und Medien umfaßt hat, um Leitlinien für das Unternehmen Kärnten zu erarbeiten. Es wurden gemeinsame Werte, die Vision, die Märkte und die Kernkompetenzen ausgearbeitet. Diese sollen als strategische Vorgaben in das Entwicklungsleitbild "Zukunft Kärnten", welches auf breiter Basis unter Betreuung der Prognos AG erarbeitet wird, einfließen. Die Ergebnisse werden in die Ausformung von Projekten zur Gestaltung von Kärnten-Clustern herangezogen, die durch professionelles Projektmanagement umgesetzt werden, bis diese Cluster sich dann gefestigt haben, um sich selbst in den Märkten durchsetzen zu können.

Die gemeinsame Vision besagt folgendes: Die intakte Umwelt, das geistig-kulturelle Klima, begründet in der einzigartigen Lage als Schnittpunkt dreier Kulturkreise, machen Kärnten unverwechselbar. Diese Voraussetzungen sollen als Chance begriffen und aufgewertet werden. Sie sollen als Brücke in eine wettbewerbsfähige Zukunft genützt und verstärkt werden. Kärnten will offen sein für Menschen mit Ideen!

"Unverwechselbarkeit als Chance!" Meine Damen und Herren, diese große Überschrift, wie ich das nennen will, war das gemeinsame Ergebnis sehr langer Diskussionen und wird vollkommen unabhängig von parteipolitischen oder ideologischen Zuordnungen oder anderen Merkmalen von allen Teilnehmern dieses Kreises getragen und kann somit als wirklich tragfähige Basis für alle daran anschließenden Aktivitäten gewertet werden. Diese Vision soll Grundlage für eine Identität Kärntens und eine dynamische Entwicklung sein. Es gilt, die attraktivsten Märkte für Kärnten durch zielorientierte Förderung und Positionierung im internationalen Wettbewerb auszubauen. Als Ergebnis des Ossiacher Kreises wurden die Cluster Umwelt, Gesundheit, Ernährung und Bildung ausgearbeitet. Um in den einzelnen Märkten Erfolg zu haben, müssen die jeweiligen Kernkompetenzen und Technologien beherrscht werden. Die Kernkompetenzen mit hoher Marktattraktivität und großer Wettbewerbsfähigkeit für Kärnten sind die Mikroelektronik, Prozeß- und Verfahrenstechnik sowie Energie. Um Kärnten im internationalen Wettbewerb zu positionieren, müssen Schlüsselprojekte zur Förderung dieser Cluster entwickelt werden. Mit dem

Entwicklungsleitbild "Zukunft Kärnten", einer Initiative der gesamten Landesregierung, wollen wir Kärnten als Lebensraum und Wirtschaftsstandort für die Kärntnerinnen und Kärntner, für Kärntens Gäste und für die Kärntner Wirtschaft noch attraktiver gestalten.

Es geht aber bei dem Entwicklungsleitbild nicht nur um wirtschaftliche Fragen, sondern auch um ein breit gefächertes Spektrum von Einflüssen, das von Bildung, Sport, Freizeit und Kultur bis zur Gesundheit reicht. Das Ziel dieses Leitbildes ist es, alle Ressourcen und alle positiven Faktoren zu nützen und Kärnten als Standort wettbewerbsfähig zu machen, seine Position im harten internationalen Wettbewerb zu stärken, aber auch um die Lebensqualität in Kärnten weiter zu verbessern. Es geht bei diesem Leitbild nicht nur um wirtschaftliche Fragen, sondern um eine viel umfassendere Konzeption. Neben dem Landtag, den politischen Parteien und ihren Vertretern im Kollegium der Landesregierung sind auch die Interessensvertretungen im Rahmen der Lenkungsgruppe in die Erstellung dieses Entwicklungsleitbildes eingebunden.

Nachdem wir in Kärnten bereits über eine Reihe von Studien und Konzepten verfügen, ging es in der ersten Phase nicht um eine neuerliche Analyse, sondern vielmehr um eine Zusammenschau und um die überblicksmäßige Darstellung der Situation in einem Standortprofil. Dabei sind folgende Unterziele von entscheidender Bedeutung: Wir brauchen ein gemeinsames Erscheinungsbild nach innen und außen. Der Erhaltung bestehender und der Schaffung neuer Arbeitsplätze müssen wir noch mehr Aufmerksamkeit widmen und vor allem im Bereich der Rahmenbedingungen des Arbeitsmarktes alles, was in unserem eigenen Bereich der Gesetzgebung und der Vollziehung möglich ist, beitragen.

Es ist erforderlich, weiter an der mehrfach ausgezeichneten hohen Lebens- und Umweltqualität, die wir in Kärnten 365 Tage im Jahr genießen können, zu arbeiten und diesen Vorteil gegenüber anderen Regionen entsprechend hervorzukehren. Wir müssen vor allem auch die Möglichkeit der Vernetzung zwischen verschiedenen Sektoren besser nutzen, aber auch zwischen den Regionen unseres Landes, etwa zwischen Zentralraum und den Tälern. Hier ist jedes Gegeneinander kontraproduktiv und

Dr. Zernatto

vermindert letztlich die Chancen Kärntens gegenüber anderen Regionen im europäischen und globalen Wettbewerb.

Erreichen wollen wir diese Ziele nicht durch neuerliche Analysen, sondern durch die Umsetzung von konkreten Leitprojekten, welche derzeit in vier Arbeitskreisen und 20 Projektentwicklungsteams unter Einbeziehung von über 200 Experten erstellt werden.

So soll etwa die kulinarische Kultur Kärntens, die am Schnittpunkt dreier Kulturkreise als besonders vielfältig gilt, in Zukunft verstärkt dazu genutzt werden, das Image Kärntens nach dem Motto "Liebe geht durch den Magen" über "Lebensmittel - Mittel zum Leben" transportiert werden. Gleichzeitig erfolgt durch ein solches Projekt die Vernetzung und Kooperation verschiedener Sektoren.

Ein weiteres Projekt befaßt sich mit der Aktivierung des Standortes Ossiach im Mittelpunkt Kärntens. Dort soll ein hochgradiger Symposiumstandort, wo Kultur, Kunst, Wissenschaft, Wirtschaft und Politik eine gemeinsame Plattform vorfinden - entstehen und eines unserer wichtigsten Aushängeschilder, den Carinthischen Sommer, um ein attraktives interdisziplinäres und sektorübergreifendes Angebot erweitern.

Ein drittes Projekt hat eine Schwerpunktbildung "Ökologisches Bauen" zum Ziel. Unser Land verfügt über eine Reihe von Unternehmen, die sich mit ökologisch verträglichen Bauweisen, Baustoffen und Baumaschinen befassen und auch beträchtliche Forschungsmittel in diesem Bereich investieren. Außerdem ist aufgrund der hohen Umweltqualität und Umweltstandards in Kärnten eine derartige Stoßrichtung besonders glaubwürdig und in einem Europa mit hohen Öko-Standards auch hochgradig marktfähig.

Natürlich stellt sich mit Recht die Frage über die Finanzierung der Vorschläge und Projekte. Zum einen haben wir im Budget gewisse Spielräume geschaffen, zum anderen ist es im Vorjahr gelungen, eine Rücklage von 500 Millionen Schilling zu bilden, die für zukunftsbezogene Investitionsprojekte primär verwendet werden sollte.

Viele der geplanten Aktivitäten bringen den Gemeinden unmittelbaren Nutzen. Daher werden wir trachten, sie in diese Vorhaben, aber auch in

die Finanzierung einzubeziehen. Das eine oder andere Projekt soll vorrangig durch private Investoren und Unternehmen umgesetzt werden.

Es wäre zu überlegen, etwa einen Fonds zu schaffen, in den diese Mittel aus verschiedenen Quellen einfließen und aus dem die Projekte finanziert werden könnten. Als Beispiel nenne ich hier den Zukunftsfonds, wie er im Bundesland Oberösterreich besteht.

Meine Damen und Herren, jetzt noch kurz zu einem Projekt, das uns, was die Zielsetzung angeht, wie ich meine, eint und voll und ganz letztlich in diese Vision Kärnten hineinpaßt: die Bewerbung für die Olympischen Winterspiele 2006. Wir sind uns im klaren darüber, daß sowohl aktiv betriebener als auch passiv konsumierter Sport zu den weltweit beliebtesten und wichtigsten Freizeitbeschäftigungen zählen. Der Sport nimmt in unserer Gesellschaft eine immer wichtigere Funktion ein und muß als immer stärker werdender auch wirtschaftlicher Faktor verstanden werden. Die Umsätze, welche im und durch den Sport erzielt werden, haben inzwischen bedeutende Dimensionen angenommen. Dies gilt im besonderen Maße für sportliche Großveranstaltungen. Eine solche sportliche Großveranstaltung mit speziellem Ausmaß sind die Olympischen Winterspiele. Sie sind ein Zeichen für Modernität und Dynamik einer Region. Als Leitprojekt einer besonderen Art können sie das Image eines Bundeslandes besonders deutlich machen.

Das Bundesland Kärnten, die italienische Region Friaul-Julisch-Venetien und die Republik Slowenien kandidierten schon einmal für die Olympischen Winterspiele mit "Tarvis 2002". Die neuerliche Bewerbung läuft unter dem Titel "senza confini" und sieht Austragungsstätten in allen drei Regionen vor. Die aktuelle Bewerbung wird durch aktives Lobbying und professionelle internationale Auftritte begleitet.

Meine Damen und Herren, ich glaube, daß die Einzigartigkeit dieser Bewerbung in der Idee von Olympischen Winterspielen am Schnittpunkt dreier Kulturen und dreier Sprachen, sowie dreier europäischer Regionen liegt, gar nicht hoch genug bewertet werden kann.

Dr. Zernatto

Für diese Bewerbung kann mit Fug und Recht behauptet werden, daß sie sich auf der Grundidee von Olympischen Spielen als Fest des Friedens und der Verständigung der Völker bewegt. Die Absichtserklärung der drei Regionen zeigt, daß es sich hier um ein vorbildliches Projekt handelt: Die drei Länder erklären ihre Absicht, mit der Nutzung der gemeinsamen menschlichen Ressourcen, Infrastrukturen und ihrer bewährten Zusammenarbeit in Sport und Kultur beweisen zu wollen, daß es in einem symbolischen Schmelztiegel dreier großer Kulturen Europas möglich ist, Olympische Winterspiele zu organisieren, die für alle ein Beispiel der Bescheidenheit, des Umweltbewußtseins und des Wunsches nach Frieden im gegenseitigen Respekt der einzelnen Identitäten sein soll. *(Beifall von der ÖVP-Fraktion)*

Das erarbeitete Programm der gemeinsamen Bewerbung sieht folgendes vor: bei der Vorbereitung eines allgemeinen Kooperationsprojektes durch die drei Regionen geht man ausschließlich von der Nutzung der bereits bestehenden oder geplanten Strukturen und der Miteinbeziehung von Krisengebieten aus, ohne jedoch die ökologischen Grundsätze zu gefährden, und man will beweisen, daß eine Koexistenz zwischen Sport und Umweltschutz nicht nur möglich ist, sondern daß der Sport sogar zur Kenntnis und zum Erhalt der ökologischen Werte beitragen kann. Dabei setzt man sich es zum Ziel, in allen drei Ländern einen ausgewogenen und gerechten Entwicklungsprozeß voranzutreiben und die gemäß den Bedürfnissen der Bevölkerung konzipierten Anlagen auch nach Ende der Olympischen Spiele entsprechend auszulassen.

Die kurzfristigen Effekte zum Zeitpunkt der Olympischen Winterspiele sind klar feststellbar; die Vor- und Nachlaufeffekte allerdings schwerer. Die wesentlichsten Effekte sind - da erzähle ich Ihnen nichts Neues - die Folge von Medienpräsenz, Imagebildung und Imagevermittlung. Schon lange vor den Olympischen Winterspielen kann über den Einsatz von Medien und durch öffentliche Auftritte der Bekanntheitsgrad des Austragungslandes und der Austragungsorte gesteigert werden. Die Werbung für die Olympischen Winterspiele bedeutet somit gleichzeitig auch Werbung für das Bundesland Kärnten; Werbung für den Wirtschaftsstandort Kärnten.

Dies vor allem dann, wenn eine klare Positionierung als Wintertourismusland angestrebt wird.

Einem Imagegewinn auf der einen Seite und somit auch einer Ausweitung der Märkte stehen aber auch Risiken gegenüber, die unter Voraussetzung maßvoller und zukunftsorientierter Erweiterungs-, Ausbau- und Anpassungsinvestitionen vermieden werden können. Die Fragen der touristischen Entwicklung sind immer eng verbunden mit Fragestellungen im ökologischen Bereich. Das Programm der Bewerbung "senza confini" sieht eine ökologisch vertretbare Entwicklung und Investitionen unter größtmöglicher Schonung der Landschaft und Natur vor. Mit klaren Vorgaben und engagierten Konzepten bei der Realisierung von Projekten (wie autofreien Zentren, Schibus-Shuttle, Abfallbeseitigung und Energiesparkonzepten) könnte Kärnten eine Vorreiterrolle hier durchaus anstreben.

Für den Austragungsort Klagenfurt bieten diese Olympischen Winterspiele die Möglichkeit, sich als innovatives Zentrum eines Tourismuslandes mit Wintersporttradition zu präsentieren. Dies würde für Klagenfurt eine internationale Positionierung als Wirtschaftsstandort und Zentrum des Alpen-Adria-Raumes bedeuten.

Die zu erwartenden Effekte sind für das Bundesland Kärnten als Tourismusland unbestritten und könnten durch unsere modernen Sportstätten sowie die sportliche und technisch-ökonomische Kompetenz fundiert und unter Beweis gestellt werden. Die Olympischen Winterspiele sind das Zukunftsprojekt für die Positionierung Kärntens, meine Damen und Herren! Eine Dreiparteieneinigung hat uns die Chance eröffnet, daß Kärnten bei einer positiven Entscheidung durch die olympischen Gremien tatsächlich im Zentrum des internationalen Rampenlichtes stehen kann.

Meine Damen und Herren! Ich weiß, daß ich Ihre Geduld schon etwas überstrapaziere, aber trotzdem noch ein paar Ausführungen für mittelfristige Tendenzen der Budgetpolitik:

Verantwortungsvolle Budgetpolitik - und dazu bekenne ich mich! - darf nicht nur kurzfristig, auf das nächste Jahr, ausgerichtet sein. Es geht vielmehr darum, die mittelfristigen Tendenzen zu beachten. Daher liegt auch heuer dem Vorschlag für das nächste Jahr eine mittelfristige

Dr. Zernatto

Vorschau über den Kärntner Landeshaushalt bis zum Jahr 2001 bei.

Es zeigt sich, daß mittelfristig die Ausgabensteigerungen etwa jener der Einnahmen entsprechen. Die Einnahmen werden in den nächsten Jahren nur eine sehr gedämpfte Entwicklung aufweisen, insbesondere die zeitlichen Verschiebungen bei den Ertragsanteilen (sprich Steuereinnahmen), die sich aus dem Sparpaket ergeben, drücken die Zuwachsraten. Bei den Ausgaben rechnen wir für die Jahre 1999 bis 2001 mit einer durchschnittlichen Steigerungsrate von 3,16 %.

Wir haben versucht, ein sehr realistisches Bild der mittelfristigen Entwicklung vorzulegen. Die Einnahmen wurden nicht künstlich hochgeschraubt, die Ausgaben nicht willkürlich niedriggehalten. Auch wollen wir in den kommenden Jahren die realistische Budgetpolitik der Jahre 1996 bis 1999 fortsetzen.

Die mittelfristige Vorschau zeigt, daß unter diesen realistischen Annahmen auch in den Jahren 1999 bis 2001 der Nettoabgang im Kärntner Haushalt unter einer Milliarde Schilling bleibt. Das bedeutet, wir werden auch mittelfristig unseren Beitrag zur monetären Stabilität Österreichs leisten.

Allerdings wird es notwendig sein, klare Verhältnisse zwischen den Gebietskörperschaften zu schaffen. Ein Stabilitätspakt setzt jedoch voraus, daß der Konsultationsmechanismus in Kraft tritt. Nur dann ist eine solide mittelfristige Planung überhaupt möglich.

Vor zwei Jahren haben die beiden Koalitionsparteien eine mittelfristige Budgetvorschau beschlossen, deren Ziel es war, die Neuverschuldung im Kärntner Landeshaushalt bis 1999 auf eine Milliarde Schilling zu reduzieren, das heißt sie im Vergleich zu 1995 zu halbieren.

Bisher ist der Zeitplan dieser Vorschau nicht nur eingehalten, sondern sogar deutlich unterschritten worden. Im Jahr 1996 war der Nettoabgang mit 1,64 Milliarden Schilling niedriger, als in der Vorschau angenommen. 1997 wird der Abgang bereits unter einer Milliarde Schilling liegen. Das Ziel ist damit sogar um zwei Jahre früher, als ursprünglich geplant, erreicht. Mit

den Voranschlägen 1998 und 1999 sowie der Vorschau bis 2001 zeigen wir, daß die mittelfristige Ausrichtung der Budgetpolitik eine wichtige Zielsetzung bildet.

Keine Gebietskörperschaft, meine Damen und Herren, kann heute mehr isoliert Budgetpolitik betreiben. Die internationalen Finanzmärkte und auch die "Maastricht-Kriterien" beurteilen den Staat, die Republik Österreich, als Gesamtheit. Daher ist ein stärkeres Miteinander der Gebietskörperschaften in der Budgetpolitik künftig notwendig. Es müssen die Verflechtungen stärker beachtet werden. Es ist daher äußerst bedauerlich - und ich möchte das heute durchaus einmal sehr offiziell kritisch anmerken -, daß der Konsultationsmechanismus noch immer nicht beschlossen ist. Es wäre ein starker Impuls für diese Kooperation. Es ist aber auch nicht hilfreich, wenn die Länder sich gegenseitig "auseinanderdividieren" und Westbilanzen oder Ostbilanzen aufstellen. In solchen Berechnungen können nur die Länder insgesamt verlieren. Ich sage es bewußt hier im Landtag, meine Damen und Herren: Dieser Konsultationsmechanismus sollte absolut nicht in die Gestaltungsfreiheit der Legislative eingreifen. Es muß nur klargestellt werden, daß letztlich Rechnungen nicht ohne den Wirt gemacht werden dürfen, daß es nicht möglich erscheint, das in der Legislative zwar sicherlich immer sehr honorig gedachte Lösungen beschlossen werden, die letztlich einer anderen Gebietskörperschaft zur Finanzierung übergeben werden. Das ist es, worum es hier in Wirklichkeit geht. Das ist auch keine Frage, das sage ich auch klar -, die ich in irgendeiner Form parteipolitisch zuordne, sondern hier sind die Experten der Legislative und Exekutive weit parteiübergreifend in einem, wie ich meine, sehr unerquicklichen Wettstreit um die Kraft ihrer Ideen. Ich kann als Finanzreferent des Landes Kärnten jedenfalls nur sagen, daß für unsere Budgetpolitik auf Dauer nur kalkulierbar bleiben kann und Mechanismen nur dann erfolgreich eingesetzt werden können, wenn auch die Budgetpolitik des Bundes für uns kalkulierbar ist, daß wir unsere Rahmenbedingungen darauf einstellen können. Daher muß es - davon bin ich überzeugt - diese Bremse ganz einfach geben.

Meine Damen und Herren! Mit Recht werden Sie sich die Frage stellen, wie realistisch dieser

Dr. Zernatto

Landesvoranschlag 1998 ist und ob dieser auch eingehalten werden kann. In der Budgetpolitik kommt es aber nicht nur auf den Voranschlag an, sondern ebenso auf den Vollzug. Die Budgetpolitik wird letztlich am Rechnungsabschluß gemessen.

Der Rechnungsabschluß 1996, der ja gemeinsam mit dem Landesvoranschlag 1998 zur Beschlußfassung vorgelegt wird, hat eindrucksvoll gezeigt, daß Voranschläge auch unter schwierigen Bedingungen eingehalten und im Vollzug sogar deutlich unterschritten werden können.

Es waren nicht nur Mehreinnahmen, die zu einem günstigen Ergebnis im Vorjahr geführt haben, sondern auch wichtige Ausgabenkomponenten, wie der Personalaufwand, die Zinsausgaben, aber auch die Ermessensausgaben, die im Vollzug zumindest eingehalten wurden.

Die bisherige Entwicklung für 1997 läßt erkennen, daß auch heuer das veranschlagte Nettodefizit eingehalten wird. Das stärkt die Glaubwürdigkeit der Budgetpolitik, zeigt aber gleichzeitig, daß der Voranschlag 1998 auch auf einer soliden Basis beruht. Wir haben die Einnahmen und Ausgaben realistisch geschätzt. Die Glaubwürdigkeit ist ein wichtiger Faktor der Budgetpolitik.

Das Land Kärnten leistet mit seiner derzeitigen Budgetpolitik einen wesentlichen Beitrag zur Erfüllung der "Maastricht Kriterien" durch Österreich und sieht eine gemeinsame europäische Währung als Herausforderung und auch als Chance für die heimische Wirtschaft.

Ich möchte abschließend auch vor allem Herrn Dr. Felsner mit all seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ein wirklich aufrichtiges Dankeschön sagen. (*Beifall im Hause.*) Ich sage das deshalb, weil die Finanzabteilung im ersten Halbjahr 1997 - wie ich meine - den wahrscheinlich größten Arbeitsaufwand zu bewältigen hatte, seit die Finanzabteilung in diesem Lande tätig ist. Es mußte nicht nur der Rechnungsabschluß sondern auch das Budget 1998/1999, Budgetvorschau bis 2001, der Vollzug des Budgets 1997 sichergestellt werden, sondern vor allem, Dr. Felsner mußte in dieser Zeit - nachdem ich als Vorsitzender der Landesfinanzreferenten und

Landeshauptmännerkonferenz hier klarerweise auch auf beamteter Ebene die Koordination zu übernehmen hatte, auch in diesem Bereich wirklich Großes leisten. Das ist auch der Grund und ich möchte das auch dem Hohen Hause durchaus mitteilen, warum ich selbstverständlich auch den Mitarbeitern dieser Abteilung eine nicht nur verbale sondern auch entsprechende finanzielle Belohnung zugesagt habe.

Meine Damen und Herren. Ich darf Sie in diesem Zusammenhang bitten, daß Sie nicht nur die Zustimmung zu dem von der Kärntner Landesregierung vorgelegten Entwurf über den Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben des Landes Kärnten für das Jahr 1998 geben, sondern auch die Genehmigung der Vollmachten und Zustimmungen um die Beschlußfassung des Budgetprogrammes für das Jahr 1999, sowie der mittelfristigen Vorschau über die voraussichtliche finanzielle Entwicklung für die Jahre 2000 und 2001. Das vorliegende Zahlenwerk ist die Grundlage für eine dynamische und zukunftsweisende Gestaltung unseres Landes Kärnten auf dem Weg in das nächste Jahrtausend.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit! (*Beifall im Hause.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Geschätzte Damen und Herren! Hohes Haus! Ich darf mich im Namen der Damen und Herren Abgeordneten bei Ihnen, Herr Landesfinanzreferent Landeshauptmann Zernatto, für die Budgeteinbegleitungsrede bedanken, die ja sehr umfangreich war. Aber ich glaube, wenn man das Budget 1998 und über Jahre Budgetvorschau hier vorzutragen hat, ist das ein ziemlich großes Konvolut. Herzlichen Dank dafür!

Die Beratungen werden ja im zuständigen Finanz- und Wirtschaftsausschuß und dann in weiterer Folge vom 9. bis zum 11. Juli in der Landtagssitzung, in der Budgetdebatte, durchgeführt werden.

Wir kommen zur Mitteilung des Einlaufes. Bitte, Herr Schriftführer.

Unterrieder

Mitteilung des Einlaufes

Direktor **Dr. Putz:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! In der heutigen Landtagssitzung liegen drei Anträge von Abgeordneten vor und zwar

2. Ldtgs.Zl. 600-1/27:

Antrag von Abgeordneten des SPÖ-Klubs mit folgendem Wortlaut:

Der Landtag wolle beschließen:

Der Wirtschafts- und Tourismusreferent der Kärntner Landesregierung wird aufgefordert, Maßnahmen zu ergreifen, daß eine Förderung von Filmproduktionen sowohl im Rahmen der Wirtschaftsförderung (KWF) als auch im Rahmen der Tourismusförderung (KTG) erfolgen kann.

Der Zuweisungsantrag lautet auf den **Finanz- und Wirtschaftsausschuß**

Der Beziehungsvorschlag des Ausschusses für Tourismus und Gewerbe müßte abgestimmt werden.

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Bitte, der Vorschlag auf Beziehung wurde vom Schriftführer vorgetragen. Wer dem zustimmt, bitte ich um ein Handzeichen, das ist geschäftsordnungsmäßig so erforderlich. - Danke, das ist mehrheitlich so beschlossen.

Direktor **Dr. Putz:**

2. Ldtgs.Zl. 599-1/27:

Antrag von Abgeordneten des ÖVP-Klubs mit folgendem Wortlaut:

Der Landtag wolle beschließen:

Der Kärntner Landesrechnungshof wird ersucht, den Verein AWOL hinsichtlich der widmungsgemäßen Verwendung sowie der Wirksamkeit

der aus Landesmitteln gewährten finanziellen Förderungen und Subventionen ab dem Jahre 1994 zu überprüfen

Der Zuweisungsantrag lautet auf den **Kontrollausschuß**.

3. Ldtgs.Zl. 601-1/27:

Antrag von Abgeordneten des SPÖ-Klubs mit folgendem Wortlaut:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, Verhandlungen mit der österreichischen Bundesregierung und der EU dahingehend zu führen, daß viehhaltende landwirtschaftliche Kleinbetriebe unter 3 ha auch in die vielen Förderungsrichtlinien aufgenommen werden.

Der Zuweisungsantrag lautet auf den **Land- und Forstwirtschaftsausschuß**

Soweit der Einlauf der heutigen Landtagssitzung.

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Geschätzte Damen und Herren! Hohes Haus! Wir sind damit am Ende der heutigen Landtagssitzung. Bevor ich die Sitzung schließe gebe ich bekannt, daß jetzt unmittelbar folgend, einige Ausschüsse stattfinden:

Und zwar zuerst der Finanz- und Wirtschaftsausschuß, um für Rechnungsabschluß und Budget die Berichterstatter zu wählen;

sodann anschließend der Untersuchungsausschuß betreffend die Karawankenautobahn zu einer internen Sitzung, um die weitere Vorgangsweise festzulegen;

danach anschließend der Ausschuß für Umweltpolitik und Gemeindepolitik

und als letzter für heute der Ausschuß für Familie, Soziales und Gesundheit. Ich bitte Sie, an diesen Sitzungen teilzunehmen.

Die heutige Landtagssitzung ist geschlossen.

Unterrieder

Ende der Sitzung: 11.51 Uhr